

Die „Vollwacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße, 1/3, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 2170.

Vollwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beizugspreis für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 47.

Samstag, den 25. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Südwestafrikanisches.

Wenn das deutsche Volk wüßte, wie mit seinen sauer verdienten Steuergroschen umgegangen wird, dann gäbe es nicht drei, sondern sechs Millionen sozialdemokratische Wahlzettel ab. Wir wollen hiermit den Bürgern einen kleinen Einblick in die seltsame Sparfahigkeit der Reichsleitung gewähren. Das südwestafrikanische Abenteuer würde dem von Arbeitslosigkeit und Lebensmittelteuerung bedrückten Volk auch bei der größten Einschränkung der Ausgaben sehr viel kosten. Aber der Reichsleitung fällt eine solche Beschränkung gar nicht ein, sondern sie gibt das Geld mit einer Leichtigkeit aus, als ob es vom Himmel fiel oder jeder Deutsche ein Bräutigam mit reichlicher Apanage wäre. Hier ein Beweis dafür!

Den in Südwestafrika kämpfenden Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten werden Zulagen gewährt, was gewiß gebilligt werden könnte, wenn die Zuschüsse sich in mäßigen Grenzen halten würden. Jedoch die Offiziere bekommen Zulagen, die die schärfste Kritik herausfordern. Es erhält

Charge	Tägliche Kriegszulage	Tägliche Expeditionszulage	Somit ungefähres Gesamteinkommen (inklusive Gage) im Jahr
ein Oberst	10 Mark	20 Mark	20,000 Mark
ein Oberleutnant und Major	8 Mark	18 Mark	16,000 Mark
ein Hauptmann	6 Mark	11 Mark	11,000 Mark
ein Oberleutnant	4 Mark	11 Mark	7800 Mark
ein Leutnant	3 Mark	11 Mark	6800 Mark

Wer angesichts dieser Zahlen keine Empörung empfindet, muß Fischblut in den Adern haben. Und der letzte Funke Respekt vor dem Reichstage muß einem bei dem Gedanken entweichen, daß die Regierung es wagt, an ihn solche Forderungen zu stellen. Der Dummste kann daraus erkennen, daß die Reichsleitung der Majorität dieser „Volksvertretung“ Alles, aber auch Alles zumuten darf. Das Volk mag darben, es mag nicht wissen, wo es für seine Kinder Brod hernehmen soll, das tut dem famosen Zentrum gar nichts. Der Herr Reichskanzler geruhen nun einmal, für einen Obersten täglich 30 Mark Zulage zu wünschen, und das Zentrum sagt Ja und Amen dazu. Das Wort Jesus: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem, der keinen hat,“ haben die Zentrumsmitglieder für ihre sauberen politischen Schachergeschäfte so abgeändert, daß es lautet: Wer zwei Röcke hat, dem gebe man noch einen dazu.

Der Zulagenunfug hat aber noch eine andere Seite. Es heißt doch immer, der Patriot müsse sein Leben für das Vaterland ohne Rücksicht auf Gewinn wagen, der Soldatenberuf ließe zu hoch, als daß man sein Risiko geschäftsmäßig mit Geld entschädigen könne, und der Mann, der für das Vaterland das Schwert umgürte, müsse den Hauptlohn in sich selbst, in der Befriedigung über seine Tätigkeit finden. Auf dieser Anschauung beruhen zum Beispiel auch die 22 Pf. Löhnung, die der deutsche Soldat neben einer herzlich mageren Verpflegung pro Tag erhält. Wenn aber das Soldatsein, das Kämpfen für das Vaterland, zum großen Teil aus Idealismus geleitet werden muß, so ist es doch sehr seltsam, daß den nach Südwestafrika sich meldenden Offizieren in solcher Weise Geld in die Tasche gesteckt wird. Warum denn die Macher der Zulagen gar nicht, was sie damit dem deutschen Offizierskorps antun? Sie setzen es erstens dem Verdacht aus, daß einzelne Offiziere nur wegen der in Südwestafrika winkenden hohen Einnahmen am Kriege teilnehmen und zweitens, daß die Regierung so hohe Zulagen für nötig hielt, um die nötige Zahl an Offizieren für das Unternehmen aufzubringen. Wir wollen gewiß nicht behaupten, daß derartige Vermutungen berechtigt sind, aber es wird Leute geben, die sie dennoch hegen. Es ist ja keine Kleinigkeit, wenn sich ein Offizier freiwillig in das von Gefahren strotzende Aufstandesgebiet begibt und hier unter schweren Entbehrungen gegen einen gewandten Feind kämpft; aber diese Verdienste dürfen nicht mit Geld belohnt werden.

Uebrigens wäre es sehr interessant, zu erfahren, wie viel der Generalleutnant v. Trotha erhält. Bekommt ein Oberst schon 20,000 Mark, so wird Herr v. Trotha vielleicht 60,000 bis 70,000 Mark beziehen. Verdient hat er es freilich nicht, denn seine Massakerretaktik war, wie jetzt bekannt erwiesen ist, durchaus falsch. Hätte er den Hereros früher Pardon gewährt, so wäre der Aufstand höchstwahrscheinlich schon vor einigen Monaten beendet worden. So aber stellt der General die Hereros vor die auch für die Deutschen gefährliche Wahl: entweder kämpfen oder von den Deutschen erschossen werden oder im Sandfeld verdursten. Den Weg zum Frieden öffnete er ihnen erst jetzt nach einem direkten Befehl aus Berlin. Das mag militärisch recht schnell sein, aber klug war es nicht. Oberst Leutwein hätte es nicht so weit kommen lassen, denn er war nicht allein Soldat, sondern auch ein Diplomat, der wußte, daß man zur richtigen Zeit die Flinte weglegen und dem Gegner goldene Brücken bauen muß.

Besonders auffallend sind die kolossalen Verluste, die das südwestafrikanische Expeditionskorps an Offizieren aufweist. Im Kriege 1870 traf durchschnittlich auf 25 bis 30 Tote und Verwundete ein Offizier, in Südwestafrika aber kommt 1 Offizier auf 6 bis 10 Tote und Verwundete. Man hat dafür u. a. auch die Abzeichen verantwortlich gemacht, die übrigens bei Zusammenstößen gar nicht mehr getragen werden sollen. Der wahre Grund der großen Verluste scheint uns daran zu liegen, daß in der deutschen Armee eine Vorschrift besteht, wonach die Zugführer, die meistens

Leutnants oder Oberleutnants sind, sich bei jeder Vorwärtsbewegung der Schützenkette an die Spitze setzen müssen. Dadurch ziehen sie das Auge des Gegners natürlich auf sich.

Könnte man sich zu einer Aenderung dieser alten Gewohnheit entschließen, so würden die Verluste an Offizieren gewiß geringer werden. Es sind ja Situationen denkbar, in denen der Offizier im Gefechte vor seine Ableitung gehört, z. B. in den Augenblicken schwerer Krisis, aber unrichtig ist es, ihn bei jeder Vorwärtsbewegung vor die Front zu stellen. Außerdem erleidet man damit die Soldaten zur Unselbständigkeit. Ferner ist es sehr leicht möglich, daß die überlaute Abgabe des Kommandos, die im deutschen Heere üblich ist und als „schneidig“ gilt, die Offiziere den Schwarzen verrät. Die Kämpfe in Südwestafrika spielen sich meist auf relativ kurzen Distanzen ab, und infolgedessen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Hereros und Witbois die deutschen Subalternoffiziere und Hauptleute am „Schreien“ erkennen.

R. K.

Zwei Sitzungen.

Der Reichstag hielt am Donnerstag 2 Sitzungen ab. Nachdem nämlich die Nobren von der Zentrumspartei und die Durchschnittsjunker ihre Schuldbiligkeit getan und die Handelsverträge durchgehend haben, sind sie nach den heimischen Gesetzen Oberhäupter und Kasubien abgedampft. Nicht einmal die Zeit, die zu der Erledigung der Resolutionen zu den Handelsverträgen gehört, wollten sie ihren heimischen Lieben rauben. So ergab sich denn schon in früherer Tagessunde eine glänzende Beschlußfähigkeit des hohen Hauses. Eine freisinnige Resolution, welche die sehr notwendige Revision des veralteten Zollgesetzes von 1869 fordert, wurde nach einer Begründung durch die Vertreter des freisinnigen Berliner Handelsvereins, die Abg. Rämpf und Dove, der Regierung als Material überwiesen, nachdem der Staatssekretär von Sienck im Einklang mit den Rednern der Rechten und des Zentrums sich gegen eine reichsgerichtliche Regelung der Zollpflicht der Zollbeamten ausgesprochen, und um die übrigen Punkte sich herumgeredet hatte. Die zweite Resolution, von den Oberjunker Rantz und Kardorf eingebracht, beabsichtigte durch beschleunigte Aufhebung der Zollrechte die getriebenerwerbende Wirkung des neuen Tarifs zu beugen und zu vermindern. Diese edle Absicht der osteilischen Magnaten, oder wie Genosse Bernstein treffend sagte, Großmogule, wurde von den Rednern der Linken, Bernstein und Solheim, in ihrer ganzen nackten Schönheit ausgebeutet. Während bei der ersten Resolution die Nationalliberalen einen solchen Freihändler, den mit zahlreichen Schmissen geschmückten Abg. Bötiger, vorgeführt hatten, sandten sie bei dieser zweiten Resolution der Abwechslung und der Parität halber einen noch waschechteren Agrarier, den schwarzbärtigen Grafen Drilo, vor, der seinen Standesgenossen Rantz überantwortete. Das Zentrum scheint sich noch nicht ganz schlüssig zu sein; es brachte durch Herrn Spahn einen Antrag auf Ueberweisung an eine 14gliedrige Kommission ein. Ueber diesen Antrag wurde auf Verlangen unseres Genossen Singer namentlich abgestimmt. 95 Abgeordnete stimmten für, 46 gegen den Antrag Spahn. Das Haus war also beschlußfähig.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

(Nachdruck verboten.)
 Einige Tage vor Weihnachten fragte Horstmann seine Frau, was sie sich wünschte? Sie war so gereizt, daß sie ihm ins Gesicht lachte.
 „Du lieber Himmel, was soll ich mir wünschen? Daß ich tun und lassen kann, was ich will!“
 Er erwiderte nichts. Am heiligen Abend waren alle in Annas Zimmer versammelt. Mewes und die neue Köchin saßen etwas abseits, die drei anderen hatten um den Tisch Platz genommen. Lotte las das Weihnachtsevangelium vor. Dann ging Horstmann hinüber. Nachdem er die Lichter des Bannes angezündet hatte, ließ er die anderen eintreten und zeigte ihnen ihre Geschenke. Anna hatte nur von ihrer Tochter eine Aquarelmalerei bekommen. Eine Weiße stand alle fünf in düsterem Schweigen und starrte die brennenden Kerzen an. Lotte gab ihrem Vater einen Kuß und küßte auch ihre Mutter. Die beiden Gatten wechselten kein Wort. Anna dachte an den vorjährigen Weihnachtsabend. Der Christbaum hatte im Saal gestanden, eine mächtige Fichte, die vom Boden ansteigend, mit ihrer Krone fast die Decke berührte. Sie selbst hatte als die prächtige Wirtin die Gaben verteilt. Mit Champagner und Austern war das Fest in einer fröhlichen Gesellschaft gefeiert worden. Und heute... Als die Dienstboten sich bei ihr behandelten wollten, wies sie sie ab.
 „Bedanken Sie sich bei meinem Mann! Der hat das alles besorgt.“
 Lotte war zu Bett gegangen, die beiden blieben allein. Anna stand vor dem Fenster und starrte in die Nacht hinaus. Es war in den letzten Tagen kalt geworden. Auf der Straße glänzten die gefrorenen Wasserläden.
 Scharfe Kälte wehte durch die Fensterritzen. Anna dachte nach. Es konnte so nicht weiter gehen. Warum war sie so tödlich in Trost zu verharren, statt sich klein zu machen und ihm zu schmeicheln? Warum versuchte sie nicht ihr Räthsel und ihre Tränen?
 Sie trat zu ihrem Mann, der am Tisch sitzend noch die Zeitung las, und berührte mit ihrer Wange sein Haar.
 „Warum hast Du mir eigentlich nichts geschenkt?“
 „Ich dachte, Du hättest keine Wünsche.“
 „Du! Ich hab' wohl allerlei Wünsche. Vor allem möchte ich, daß Du wieder gut zu mir bist.“
 Sie wühlte mit ihren Fingern in seinem Haar.
 „Sei wieder gut, Gustav! Ich kann so nicht leben.“
 Er stand auf und legte seine schwere Hand auf ihre Schulter.
 „Erfst mußt Du mir beweisen, Anna, daß ich auf Deine Liebe bauen kann, dann will ich wieder auf sein. Aber das geht nicht so

von heute auf morgen. Frag' mich nächstes Jahr am Weihnachtsabend, vielleicht kann ich Dir dann antworten.“
 „Du hast mich nie verstanden, sonst würdest Du nicht zweifeln, daß ich Dich liebe.“
 „Er sah sie erstaunt an. Sie fuhr hastig fort:
 „Ja! Ja! Ich habe keinen Augenblick aufgehört, Dich zu lieben. Ich habe immer auf von Dir gesprochen, Dich überall herausgerufen. Wenn Du nur einmal in mein Herz sehen wolltest...“
 „Ach Gott, ich bin ja so unglücklich!“
 „Für Dich ist gar kein Grund zum Unglück vorhanden.“
 „Ich kann so nicht leben, Gustav! Ich bin nun mal kein Hausfrau.“
 „Ich muß Menschen sehen. Als Du mich nahmst, da hast Du mir versprochen, wir würden ein großes Haus ausmachen, ich sollte allen Luxus haben.“
 „Hast Du mich wegen dieser Versprechungen oder meiner selbst wegen genommen?“
 „Deiner selbst wegen. Ich liebte Dich. Aber ich hätte Dich nicht genommen, wenn Du arm gewesen wärst. Ich kann keine Armut vertragen und wir leben wie die armen Leute.“
 Er ging auf und ab und blickte in tiefem Nachdenken zu Boden.
 „In einer Beziehung hast Du recht. Unser Leben ist nicht so, wie Du es nach meiner Schilderung erwartest. Aber ich denke, eine Frau sollte mit ihrem Manne alles teilen. Die zwei ersten Jahre, wo es mir gut ging, hast Du Gesellschaft. In den Uebermaß genossen. Jetzt mußt Du Dich auch daran schicken, daß wir anders leben.“
 Sie legte schmeichelnd ihren Arm um seinen Hals.
 „Wie lange habe ich Deine Sitte nicht mehr gekostet! Gefällt Dir denn gar nicht mehr?“
 „Gewiß! Du bist noch ebenso schön wie früher.“
 „Allen Hoff, der ich aus ihrem Innern aufstieg, zurückdrängend, küßte und liebkoste sie ihn. Aber er machte sich los und sagte mit einem Blick auf die Uhr:
 „Geh' zu Bett. Sonst kannst Du morgen früh nicht heraus.“
 „Ich rauche noch eine Zigarre.“
 Sein Gesicht war finster und ungerührt geblieben und sein argwöhnisches Auge schien hinter ihrem verführerischen Räthsel, hinter ihren Thänen den verborgenen Haß zu sehen. Sie ging trostlos ins Bett, ohne zu wissen, was sie von nun an beginnen sollte. Sie hatte das Vertrauen in ihre Macht verloren und begann ihren Mann zu fürchten, wie man den fürchtet, in dessen Gewalt man sich befindet.
 Ein Tag verging wie der andere, der Sonntag brachte keine Abwechslung vom Alltag, das neue Jahr begann so trostlos, wie das alte geschlossen hatte. Die beiden lebten neben einander wie Fremde, jeder allein mit sich, keiner das und keiner

Mit der Zeit hatte Horstmann sich an die Unfähigkeit gewöhnt. Aber aus der Leere, die ihn umgab, trat ihm der Gedanke entgegen, daß nun sein ganzes Leben einen Abschluß gefunden habe. Die Kette seiner Taten und Erfolge war abgerissen. Ihm fehlte die Kraft, sie neu wieder anzufassen. Und doch konnte er sein Unglück nicht vermeiden. Immerfort grübelte er darüber nach. Er sah darin das Warten eines dunklen Schicksals. Jemand mußte das Gebäude auf morschem Grunde ruhen. War er schuld an dem Unglück in Sagen, welches das für ihn noch größer in Lirungen zur Folge gehabt hatte? War dieses die Strafe für seine Schuld an jenem? Diese Gedanken beschäftigten ihn ohne Unterlaß.
 Hätte er seine frühere Tätigkeit fortgesetzt, so wäre die Erinnerung an das furchtbare Ereignis wohl bald erloschen. So aber blieb sie immer reger. Wenn er grübelte, ohne zu wissen, wie er die schleichenden Stunden totschlagen sollte, an seinem Schreibtisch saß, wenn er sich Nacht unruhig in seinem Bett wälzte, er der gewohnt war, totumde hinzufallen und sich nach sechsständigem Schlaf schon wieder zu erheben, in diesen Stunden wurden die Spinnweben lebendig, trocken wie die Ratten aus ihren dunkeln Winkeln hervor und zernagten sein Inneres.
 Eines Morgens hörte Anna ihn in seinem Zimmer reden. Sie glaubte, er hätte Besuch und lauschte neugierig. Aber es war nur immerfort seine eigene Stimme, die sprach. Sie blühte durchs Schließelloch: er stand mitten im Zimmer, die Arme bewegend, sein Kopf war auf die Brust gesunken. Kurze Zeit darauf wurde sie Nacht von seiner Stimme geweckt. Er murmelte halblaut vor sich hin. Inerst begriff sie den Zusammenhang der abgerissenen Sätze nicht. Sie erschrak heftig und glaubte, er spräche in einem Anfall von Geistesstörung. Aber allmählich kombinierte sie seine Worte mit dem, was er geschrieben, und was sie aus den Zeitungen gelesen hatte. Er sprach von dem Unglück. Er verteidigte sich gegen jemand, er ihn angriff.
 „Ja, ja... es ist schrecklich, murmerte er. „Das beste wäre... ich wäre laput... ich will ja auch... meinetwegen...“
 „Aber dann schrie er auf: „Nein! Nein!... Verfluchte Bande, laßt mich in Ruh!... Verdammtes Gefindel!“
 Er unterdrückte den Schrei und zündete Licht an. Dann betrachtete er argwöhnisch seine Frau, die so tat, als wenn sie schlief. Aber in ihrem Innern frohlockte sie. Er litt auch! Er hatte auch seine Dualen!... Das war ihr eine süße Genugthuung, zu wissen, daß er, der schuld an ihrem Elend war, auch gefoltert wurde und seinen Schlaf fand.
 Sie hörte ihn noch oft so sprechen. Manchmal vergingen Wochen, wo er ganz ruhig war, manchmal konnte er drei, vier Nächte hintereinander schwagen. Schließlich hatte sie sich so daran gewöhnt, daß sie gar nicht mehr aufwachte.
 (Fortsetzung folgt.)

In der neuen Sitzung, die zwanzig Minuten nach Aufsteigen der alten eröffnet wurde, kamen die zurückgestellten Titel des Reichspostals zur Beratung. Es gab eine sehr anregende Debatte über die Lage der Unterbeamten, deren sich die Genossen Singer und Juchacz mit großer Wärme annahmen. Der freisinnige Kopf machte diesmal keinen Vorschlag vor dem Staatssekretär Krause, sondern fand aufstrebende radikale Töne, in die auch der Zentrumsvorredner einstimmen für gut fand. Eine Resolution des weltlichen Nationalparlamentes, die den großen Umfang der gehobenen Dienststellungen noch weiter auszubehnen beabsichtigte, wurde abgelehnt, dagegen eine gewisse Fortschritte in Aussicht stellende Resolution Müller-Sagan angenommen. Am Freitag wird mit dem Etat des Reichspostals fortgeföhrt; außerdem stehen Reichsdruckerei und Reichseisenbahnen auf der Tagesordnung.

Die russische Volksbewegung.

Sergius' Wahre ohne die „Hinterbliebenen“.

Ueber die Trauerfeier für den hingerichteten Großfürsten lassen sich die bürgerlichen Blätter melden:

Trauergeleite aller Art und Räder ländete in früher Morgenstunden die bevorstehende Einsegnung der Leiche des Großfürsten Sergius in der Alexiuskirche des zum Moskauer Kreml gehörenden Tichonowloster an. Vor den Toren des Kreml lagerte sich eine dichte Menschenmenge und verharrete in ungeduldriger (?) Stille. Morgens 10 Uhr erschienen im Altarraum der Alexiuskirche der Metropol und die Geistlichkeit. Dem größten Raum in der Kirche nimmt die Schinde ein, auf welcher der Trauerkutschak mit dem zur Spitze von Goldbrokatbesetzten verstellten Schemel lagt, der von einem mit der Kaiserkrone geschmückten Baldachin mit brockelndem hermelinverbrämten Draperien überzogen wird. Der Raum in der Kirche ist so beschrankt, daß höchstens zwei- und dreißig Personen darin Platz finden. Die Spitze des Baldachins bilden Blumenbüschel aus Kränzen, deren Basis sich beständig vermindert. In der Kirche erschienen Johann Abordnungen der Ministerien, des Reichsrats, der Hofchargen, Militärchargen, Vertreter der Selbstverwaltung, der Stände und der Kaufmannschaft. Herr von Georg von Medlenburg wohnte ebenfalls der Einsegnung bei. Die Großfürstin Wladimir und Mikolais waren durch den Fürsten Golygin dem Baron Staal vertreten.

Was nicht in diesem Bericht steht, ist: der seit fünf Wochen in Jarosloje-Selo eingesperrte Zar hat es nicht gewagt, aus seinem Verließ herauszukommen, um an der Trauerfeier teilzunehmen. Ebenso wenig traute sich dies die bestgehehlten Großfürsten. So viel hat sich das Volk doch schon erzwungen.

Die Ausdehnung des Ausstandes.

Die Schaffner der Reichsbahnen fordern Erhöhung ihres Lohnes. Der Direktor hat die Stationsvorstände benachrichtigt, daß er die Forderung befürworten werde und deshalb erwarte, daß die Schaffner die Ordnung nicht stören. Die Schaffner wollen bis zum 24. Februar die Entscheidung abwarten. In Warschau wurden drei Taten verhaftet, welche eine geheime Waffenlieferung hatten. Alle Privat-Knaben- und Mädchen Schulen sind geschlossen.

In Lodz wird nur in den kleinen Fabriken gearbeitet, in den großen wurde wegen des Widerstands der Jugendbewegung, die am Montag den Arbeitern gemacht wurden, die Arbeit niedergelegt. Die hiesigen Eisenbahnbeamten sind in den Ausstand getreten. Die Schüler und Lehrlinge sind in der Schule in der Handlungsschule in der Unterricht eingestellt.

Die Arbeiter, die Weichensteller und die Wächter des Bahnhofs in Wlask wie ein Teil der Bureau- und Betriebsbeamten der Kaban-Kommu-Bahn sind in den Ausstand getreten.

In drei Fabriken Alexandrowas mit mehr als 1000 Arbeitern ist die Arbeit niedergelegt worden. Die Ausständigen verhalten sich ruhig. Ihre Forderungen sind rein wirtschaftlicher Natur. Die Forderungen verschiedener vornehmer Geschäfte in Petersburg und Moskau entfernen, Pariser Blätter zufolge, infolge der Proben des Revolutionskomitees die Bilder und Hülsen des Zaren aus ihren Schaufenstern.

Aus Sosnowice läßt sich ein hiesiges Blatt melden: Die Werke erkannten den größten Teil der Forderungen der Arbeiter an, soweit sie sich auf Krankenkassen-Versicherung, freie Schule und bürgerliche Maßnahmen beziehen, und billigen gewisse Ansprüche, betr. Lohn-erhöhungen. Die Streikenden wählen heute die der beherrschenden Gesehensgung unterliegenden Deputierten, die wegen der Arbeitsaufnahme mit den Werken unterhandeln sollen. Die Direktoren hoffen, daß die Entscheidung in den nächsten Tagen erfolgen soll, vorläufig wird nur in Wilowice gearbeitet.

Der Bürgerkrieg im Kaukasus.

Der „Vorwärts“ erhielt am Mittwoch die folgende telegraphische Meldung:

Ein fürchterlicher Straßenkampf zwischen Armeniern und Tataren tobt zur Zeit. 700 Personen sind getötet oder verwundet. Seit Sonntag steht das Geschützfeuer völlig still.

Einem Hamburger Kaufmann, welches in Baku ausgedehnte geschäftliche Beziehungen hat, gingen dem „Hamb. Korrespondenz“ zufolge zwei Telegramme zu.

Das erste lautet: Unsere Situation ist sehr schwierig und gefährlich, müssen auf das Schlimmste gefaßt sein.

Das zweite Telegramm sagt an, durch die deutsche Gesandtschaft in Petersburg um schnelle Abhilfe ersuchen zu können.

Das heißt der deutschen Gesandtschaft zumuten, die einzige denkbare Abhilfe zu verlangen: Die Beilegung des Jankismus!

Der „Bez. Jtg.“ wird über dasselbe Ereignis gemeldet:

Die Kämpfe begannen hier am 18. Februar. Drei Tage dauerte das Massacre zwischen den Muslimen und Armeniern an; die letzteren waren heftiger bewaffnet und in der Überzahl. Die Straßen waren voll von Leichen. Der Beschädigte war nicht zu zählen; denn sie verfielen nur über ein halbes Jahrtausend. Folge einer Auslösung zwischen den Armeniern und Tataren begann die Lage sich allmählich zu bessern.

Im ganzen Kaukasusgebiete ist die Revolution offen ausgebrochen, die hier mehr den Charakter eines Klassenkampfes hat. Die Bergvölker befinden sich in hellem Aufbruch und sammeln sich, um die russischen Annehmlichkeiten zu überfallen und zu vernichten. Mehrfach sieht es in den von Armeniern bewohnten Distrikten aus. Zahlreiche Familien flüchten. Die von Batum abfahrenden Schiffe sind mit Flüchtlingen überfüllt. Die Situation ist höchst gefährlich. Mohammedanische Prediger predigen offen den Krieg gegen die russischen Unterdrücker, der Tag der Rache sei gekommen. Es herrscht Mangel an Truppen.

Die Aufständischen des Kaukasus haben angeblich eine provisorische Regierung eingesetzt.

Unruhige Polizisten.

Die Petersburger Polizei, die seit Monatsfrist enorm überbürdet ist, verlangt eine namhafte Erhöhung ihrer Bezüge und droht mit dem Ausstand. Das gleiche tut das Personal der kaiserlichen Wachen. Der Bahnverkehr von Moskau nach Kiew ist wegen Arbeitermangel zeitweilig eingestellt. Die Kaisergardisten in Petersburg und Moskau verpflichteten sich eidlich, für jede Beleidigung oder Verhöhnung eines Mitgliedes der Zarenfamilie den Urheber direkt zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Attentäter auf den Großfürsten Sergius soll eingewilligt haben, wichtige Erklärungen abzugeben, aber nur der Großfürstin Witwe. Diese soll, so wird berichtet, seinem Wunsche willfahrt haben.

Rußland und Japan.

Das Urteil der Hullkommission.

Die Hullkommission setzte die letzte Lesung des Berichtes fort, dessen Hauptverfasser der österreichische Admiral Freiherr von Spaun ist, an welchem aber auch alle anderen Mitglieder der Kommission mitgearbeitet haben. Es wird verkündet, daß die Kommission sich über die Frage, ob japanische Torpedoboote zur Zeit des Angriffs auf die Fischerflotte aufgetaucht sind, nicht äußert, sondern erklärt, daß Admiral Roschidschewsky berechneterweise glauben konnte, daß seinem Geschwader Gefahr drohte und demnach handeln durfte, wie geschehen. Der Bericht konstatiert die Verpflichtung Rußlands, die Opfer der Katastrophe zu entschädigen. Der Bericht wird an die Regierungen von Rußland und England abgefaßt und voraussichtlich am Sonnabend in öffentlicher Versammlung verlesen werden.

Ein wahrhaft salomonisches Urteil! Ein Urteil, wie es freilich vorausgesehen war. Die Hullkommission war von vornherein eine Begräbniskommission, sie sollte es sein!

Die Frage hätte nicht nur so gestellt werden müssen: waren Japaner in der Nordsee, sondern: konnten vernünftige Menschen annehmen, daß sich japanische Torpedoboote in der Nordsee befanden. Diese Frage hätte verneint, damit also Roschidschewskys tolle Schiebererei als ein Akt eines deliranten Völkerrechtsbruchs verurteilt werden müssen. So aber nahm die Hullkommission die subjektive Wahnvorstellung des russischen Admirals als Widerungsgrund an. Wir könnten Wunderbares erleben, wenn jeder Zollheit ein herartiger Freibrief ausgestellt würde!

Die Mitteilungen über die Entschiede veranlassen die englischen Blätter, zumeist ihre Enttäuschung auszuspochen, ob schon sie einstimmig erklären, daß England sich bei der Entscheidung beruhigen müsse.

Das unruhige Meer.

Aus Petersburg wird gemeldet: In einem Telegramm an den Zaren beklagt sich Kurapatkin über die besonders durch Reservisten in die Armees hineingetragene Propaganda. Kurapatkin ersucht um bessere Auswahl des Truppenmaterials, das weiterhin nach Ostasien abgehen soll. General Sacharow hat den Zaren anlässlich dieser Depesche auf verschiedene Mißstände an der Front aufmerksam gemacht. Da Kurapatkins Ausstellung an der Qualität der Erprobungstruppen in Jarosloje Selo sehr übel vermerkt worden sein soll, wird die Rückberufung Kurapatkins für wahrscheinlich gehalten. Kurapatkin fürchtet einen Anschlag auf sein Leben.

Die Heimkehr Stöffels.

Zur Ankunft Stöffels und der übrigen Offiziere aus Port Arthur werden keinerlei Festlichkeiten stattfinden, nur im Armees- und Marineklub ist eine besondere Festigung zu Ehren der Eintretenden geplant.

Sonstige Nachrichten.

Die Japaner in Korea. Die japanische Gendarmerie hat sich der Polizeigewalt über die Hauptstadt Seoul bemächtigt; ihr Vorgehen hat folgende Peroratorien erlassen:

Neben, der einen Verein gründen will, muß es der japanischen Regierung drei Tage vorher anzeigen und zugleich die Namen der Mitglieder mit ihrer gewogenen Personensbeschreibung einreichen. Soll eine Versammlung der Vereinsmitglieder stattfinden, so müssen Versammlungsort und Zeit angemeldet werden. Ordentliche Volksansammlungen in den Straßen — ausgenommen bei Beerdigungen und Hochzeiten — sind verboten. Sämtliche Versammlungen finden unter Aufsicht der japanischen Gendarmerie statt. Schriftstücke, die sich auf Vereinsangelegenheiten beziehen, müssen zur Kenntnisnahme der japanischen Polizei gebracht werden. Vergehen gegen diese Gesetze werden nach Kriegsrecht bestraft.

Politische Uebersicht.

Der Dank des Kaisers. Nach Annahme der Capriwischen Handelsverträge, die bekanntlich eine Ermäßigung des Getreidezolls von 5 Mk. auf 3.50 Mk. brachten, beschneit der Kaiser diese Verträge als eine „rettende Tat“. Jetzt sind die neuen Verträge zur Annahme gelangt, die den Getreidezoll wieder in die Höhe setzen und überhaupt ziemlich die entgegengesetzte Tendenz zeigen, als die von 1892. Anlässlich dieser Annahme hat der Kaiser an den Grafen Bülow folgende Kabinettsordre erlassen:

Mein lieber Graf a. Bülow!

Nachdem Ich aus Ihrer Meldung erkenne, daß die verfassungsmäßige Genehmigung des Reichstages zu den neuen Handelsverträgen erfolgt, ist, drängt es Mich, Ihnen an diesem bedeutungsvollen Abschnitt des Vertragswerkes Meinen wärmsten Glückwunsch auszusprechen. Mit Ihnen hoffe Ich zu Gott, daß die Fortsetzung einer neuen Kräftigung der deutschen Volkswirtschaft und ein neues Band friedlichen Weltverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und den besunden Ländern geschaffen werden, die sich bereit erklärt haben, auf der durch sorgfältige Abwägung der beiderseitigen Interessen gewonnenen Grundlage mit uns ihre Handelsbeziehungen zu regeln. Wenn und inwieweit Ich an, daß es vornehmlich das Verdienst Ihrer staatsmännischen Kunst und Ihrer zielbewußten Leitung der Verhandlungen gewesen ist, daß dieser schöne Erfolg trotz aller entgegenstehender Schwierigkeiten erreicht worden ist. Ich bin daher sehr dankbar in erster Linie Meinem Dank. Jedem Ich Ihnen denselben hiermit von ganzem Herzen anspreche, bitte Ich Sie zugleich, als äußeres Zeichen Meiner Anerkennung und

Meines Wollens Meine Danksagung zu bezeugen, welche Ihnen demnächst zugehen wird. Ihrer treuen Dienste allezeit eingedenk, verbleibe Ich Ihr dankbarer Kaiser und König (gez.) Wilhelm I. R.

Berlin, Schloß, den 22. Februar 1905.

Fürst ist Bülow also nicht geworden — vielleicht auf eigenen Wunsch.

Der Kaiser verleiht außerdem dem Staatssekretär Grafen Posadowsky den Schwarzen Adlerorden, dem Landwirtschaftsminister von Bobielecki das Großkreuz des Roten Adlerordens und ernannte den Staatssekretär Freih. von Nichte-hofen zum Staatsminister und Mitgliede des preussischen Staatsministeriums.

Der Studentenstreik in Hannover und die

längsten Konflikte, die allerorten zwischen der Studentenschaft und dem preussischen Kultusminister ausgebrochen sind, beschäftigten gestern das Abgeordnetenhause. Es war die Rarrikatur einer Debatte über die Rarrikatur eines Kampfes um die akademische Freiheit. Ganz selbstverständlich verurteilten alle Redner die Forderung der Studentenschaft auf Auflösung der katholischen Verbindungen als unvereinbar mit der akademischen Freiheit. Aber eigentlich sollten auch die konfessionellen Verbindungen allesamt mit dem Grundgedanken der akademischen Freiheit unvereinbar sein. Und neben dieser Doktorfrage ging die auch sehr wichtige Debatte darüber her, ob der Ministerialdirektor Althoff den Abgeordneten Frieberg objektiv beilegt hätte oder nicht. Ueber diese Themen redeten vier Stunden lang Ministerialvertreter und Abgeordnete aller Parteien durcheinander. In Wahrheit gibt es weder eine akademische Freiheit, noch kann es bei der reaktionären Gesinnung der benutzten Studentenschaft eine solche geben. Das beweist, um nur einiges herauszuheben, das Verbot sämtlicher Studentenversammlungen und die Auflösung des Studentenausschusses in Berlin, das Verbot des Inverbindungsretens der Studentenschaft mit den anderen Hochschulen, von den schmähligen Versorgungen russischer Studenten ganz zu schweigen. Die große Masse der Bourgeoisöhnchen und feudalen Korpsburschen, die heutzutage die Universität bevölkern, hat all das ruhig ertragen. Erst als die Regierung aus Rücksicht auf die herrschende Partei, das Zentrum, die katholischen Studenten, die durch ihre Korporationen gute Beziehungen zu den Herren Spahn und Genossen hatten, in der Karriere zu bevorzugen begann, wurden die evangelischen Studenten auf die Konkurrenz neidisch. Und das ist der Kernpunkt des Streites, der jetzt um die katholischen Korporationen entbrannt ist. Beide Parteien sorgen hinter dem Deckmantel der „akademischen Freiheit“ für ihre Sonderinteressen, und uns kann der Streit vollkommen kalt lassen, es sei denn, daß uns die Verlegenheit der Regierung mit ihren Protektionskindern Spaß macht.

Zum Schluss übermies das Haus den Antrag Trendt zur Veranstaltung von Schillerfesten in allen öffentlichen Schulen der Unterrichtskommission. Wie schön derer Hohn klang durch die hohlen Phrasen der Schillerbegeisterung die Mitteilung des konservativen Abgeordneten Ballast, daß in den meisten Volksschulen die Kinder den Namen Friedrich Schillers gar nicht zu hören bekämen, geschweige denn etwas von ihm läsen.

Freitag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Furcht vor der Oeffentlichkeit.

Das sächsische Zentral-Agitationskomitee veranstaltete eine Umfrage über die Verhältnisse der Gemeindeverwaltungen in Sachsen und wandte sich zu diesem Zwecke mit Fragebogen an Parteigenossen in den einzelnen Gemeindevertretungen. Darauf hat die Amtshauptmannschaft Sdsh die Gemeindeverwalter angewiesen, jede Auskunft zu verweigern. Die Gemeinderatsmitglieder haben zwar auf Grund ihres Mandats das gesetzliche Recht, über alle Gemeinde-Angelegenheiten Auskunft zu verlangen, trotzdem ist Gemeinderatsmitgliedern die verlangte Auskunft unter Berufung auf die behördliche Anweisung verweigert worden.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß sich die Furcht vor der Oeffentlichkeit bei der Untersuchung der Gemeindeverhältnisse zu solchen Erlassen verleiten läßt. Auch bei früheren derartigen Umfragen der Partei sind solche Anweisungen zur Geheimhaltung öffentlicher Angelegenheiten ergangen. Es muß die Vermutung entstehen, daß da etwas zu verbergen ist.

Gegen die Russenschande.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers die folgende Resolution im Reichstage einzubringen: Der Reichstag wolle beschließen: Dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen von Preußen und Bayern dahin zu wirken, daß die Auslieferungsträger, welche die genannten Regierungen am 13./1. Januar beziehungsweise 1. Oktober/19. September 1905 mit der russischen Regierung abgeschlossen haben, sofort befristet werden.

Webel und Vollmar werden die Resolution begründen.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages verhandelte über die Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Darbeil (Frei. Vpt.), der in dem Wahlkreise Erlangen-Kr. 2. Mittelfranken gegen den Sozialdemokraten Seelig mit 15,505 gegen 13,553 Stimmen gewählt worden ist. Die Kommission beschloß beim Plenum die Gültigkeit der Wahl zu beantragen.

Som Kafferkrieg. Nach einer Meldung des Generals von Trotha vom 22. Februar wurde Anfang Februar der letzte Erprobungstrupp unter Leutnant Reith halbwegs zwischen Dwitsoffero und Spulko von etwa 20 Traugottleuten angegriffen. Der Gegner wurde zurückgeschlagen und verlor sechs Tote.

Nach einem Telegramm aus Windhuf ist am Typhus gestorben: Unteroffizier Schipper. Seiner Wunde ist erlegen: Ritter Johann Dypfel. Vermißt: Sanitätsunteroffizier Emil Kramer.

Ueber ein Jahr dauert nun dieser Krieg und noch ist kein Ende abzulehen.

Der Grafregent zur Lippe folgt einer Einladung des Kaisers zur Einweihung des neuen Domes nicht. Das Hofmarkamt in Detmold gibt bekannt, daß zu der Einweihung des neuen Domes am Montag vom Kaiser auch eine gnädige Einladung an den Regenten des Fürstentums Lippe ergangen sei. Graf Leopold habe sich jedoch verweigert, während des Schwerebenen schiedsrichterlichen

Verfahrens über die Thronfolge der Einladung Folge zu leisten, und in diesem Sinne dem Kaiser ehrenvollst gedankt. — Unmittelbar nach dem Tode des Großregenten Ernst erhielt befanntlich am 26. September dessen Sohn und Nachfolger Graf Leopold zur Lippe auf die Anzeige vom Ableben seines Vaters vom Kaiser folgenden Telegramm: „Spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann ich eine Regentenschaftübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.“

Die Freisinnigen und die Handelsverträge. Bei der Abstimmung über die Handelsverträge wurde der österreichische Handelsvertrag bei 4 Stimmenthaltungen mit 226 gegen 79 Stimmen angenommen. Von der Freisinnigen Volkspartei enthielten sich Dr. Müller-Meinungen und Träger der Abstimmung, gegen den Vertrag stimmten die Abg. Eichhoff, Bargmann und Meier-Jobst. Gehört haben Pohl-Rognitz, Leuzmann und Engen Richter.

Der Handelsvertrag mit Rußland wurde mit 228 gegen 81 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. Von der Freisinnigen Volkspartei stimmten gegen diesen Vertrag die Abg. Bargmann, Eichhoff, Meier-Jobst, Wugan und Müller-Meinungen. Von dem am Erscheinen verhandelnden Abg. Eugen Richter weiß man, daß er die Annahme der Verträge empfohlen hat.

Von der Freisinnigen Vereinigung stimmten für die Verträge die Herren Goetz, Mommen, Dr. Paduade und Wiff, gegen die die Dove, Gotthein, Schrader und die zwei Sozialisten v. Gerlach und Dr. Potthoff. Gehört hat der Abg. Hofmeister-Slogau.

Durch dieses für und gegen Stimmen haben die Freisinnigen dem Volke ungemein genützt. Eine Stimme hebt die andere auf, das Gezagte ist gleich null.

Gehört stimmten gegen die Handelsverträge die Süddeutsche Volkspartei, die damit wenigstens einen Beweis für eine gewisse Charakterfestigkeit ablegte.

Landtagsbesuch.

Das Landtagsbesuch ist am Dienstag vom dänischen Landsting zu 42 gegen 5 Stimmen, die des einzigen sozialdemokratischen Landstings-Abgeordneten C. C. Andersen und die von vier Konservativen, in dritter Lesung angenommen worden. Vor der Abstimmung protestierte unser Parteigenosse in einer ausgezeichneten kurzen Rede nochmals eindringlich gegen die futuristischen Prämien, hob aber hervor, daß er mit den humanen Bestimmungen des Entwurfs, wie die über Straffreiheit der Kinder unter 14 Jahren und die über bedingte Verurteilung, wohl einverstanden sei. — Nun wird sich das Folketing wieder mit dem Entwurf befassen.

Partei-Angelegenheiten.

Ein sozialdemokratischer Sekretär in Jütland. Der Ertragwahl in das Richteramt ist unter Genosse Arbeitersekretär Lühinger ohne Gegenkandidaten mit 8351 Stimmen gewählt worden. — Was würden die Herren vom Schlage des Oberbürgermeisters Wender sagen, wenn so etwas hier passiert wäre.

Die „Nephava“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in Ungarn, erscheint vom 1. April 1906 an täglich.

Aus der badischen Partei. Die Zahl der badischen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher hat schon 1000 überschritten. Parteivereine gibt's in den 14 Wahlkreisen 144. Die Zahl der organisierten Parteigenossen beträgt 7932.

Jeder siebente Genosse ein Gemeindevorsteher — das läßt sich hören!

Arbeiterbewegung.

Das Proportional-Wahlrecht wird bei den Gewerbe- und Handwerksämtern in Preußen eingeführt werden, und zwar auf Antrag der Christlichen. Seit dem Jahre 1892 ist das Regulativ des Gewerbe- und Handwerksämtern in Preußen verschiedentlich geändert worden, es handelt sich stets darum, den Christlichen den verlorenen Einfluß wieder zu verschaffen. Es fand zuerst eine Gruppeneinteilung statt, doch bildete der ganze Gewerbe- und Handwerksbezirk, nur einen Wahlkreis. Als aber die freien Gewerkschaften die Wahlstellen alle eingenommen, verfiel man auf eine andere Idee, man ließ die Gruppeneinteilung bestehen, doch teilte man den Gewerbe- und Handwerksbezirk in fünf Wahlkreise. Die Folge war, daß die freien Gewerkschaften nur in Preußen-Stadt, die einen Wahlkreis für sich bildete, durchdrangen, dagegen in den übrigen Wahlkreisen die Christlichen siegten. Man hatte die Orte nämlich so hübsch zusammengelegt, daß die Stimmen der Gewerkschaften durch die der Christlichen erdrückt wurden. Doch sollte die Freude nicht lange dauern; durch rasche Agitation war es geglückt, unsere Bewegung in den Orten vorwärts zu bringen, und jetzt würden auch die Bezirke den freien Gewerkschaften zugesallen sein; da aber wurde wieder eine Änderung vorgenommen. Die Verhältniswahl wurde eingeführt, der Bezirk in drei Wahlkreise eingeteilt und außerdem soll jetzt nach drei Gruppen gewählt werden. Alles das geschieht nur, um den Christlichen eine Anzahl Sitze in dem Gewerbeamt zu sichern.

Achtung, Schmiede! Wegen Ausbruches von Differenzen ist der Zusammenschluß nach hier ferngehalten. Arbeiterfreundliche Mütter werden um Nachdruck gebeten. Der Verband der Schmiede, Hahlefeld-Offenbach a. M.

Der Streik in der hannoverschen Waggonfabrik hat jetzt eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Tischler und Stellmacher haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt, weil einige Verbandmitglieder gemahnt worden sind, die mit arbeitswilligen Metallarbeitern gesprochen haben. Der Streik der Fabrikarbeiter, arbeitswillige Metallarbeiter aus Oeserried herbeizuladen, ist nun ganz mißglückt. Wenn der Firma die Holzarbeiter fehlen, nützen ihr die Metallarbeiter nichts.

Die Schuhmacherbewegung in Wettenfels, an der 3000 beteiligt sind und fast alle einen Charakter angenommen hat, ist in kein neues Stadium getreten. Im ganzen haben jetzt 16 Fabriken die Forderungen der Streikenden bewilligt. Die Stimmung ist hoffnungsvoll.

Die Tischler in Kassel haben mit den Unternehmern einen neuen bis zum 31. Dezember 1907 gültigen Vertrag abgeschlossen, der ihnen eine größere Zahl von Vorteilen gegen den bisherigen Tarif bringt. Die Tischler fordern rechnerische Arbeitszeit und eine Lohnhöhe von 4 Pf. die Stunde. Nach verschiedenen Sitzungen und Versammlungen einigte man sich schließlich dahin, daß die Gesellen vom 1. April 1906 ab pro Woche eine Arbeitszeit von 55 Stunden haben sollen anstatt der bisherigen 57 Stunden, und einen Lohnzuschlag von 1.10 Mk. pro Woche. Vom 1. April 1906 ab soll die Arbeitszeit 54 Stunden pro Woche betragen, täglich neun Stunden, und ein abgemessener Lohnzuschlag von 1.10 Mk. pro Woche erfolgen, so daß der Durchschnittslohn in den Kasserer Tischlerzirkeln dadurch sich auf 23.50 Mk. erhöht. — Vor zwei Jahren sträubten sich befanntlich die Kasserer Tischlermeister mit aller Macht gegen den Abschluß des jetzt abgelaufenen Vertrages. Drei bis vier Wochen mußten damals die Tischler küssen, und am ihnen den Sieg zu entziehen, verlangten die Unternehmer der Bauindustrie von den übrigen Bauarbeitern, daß diese die Tischler zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen sollten. Als dies nicht geschah, sperren die Unternehmer sämtliche Bauarbeiten aus, eine Schaumhartart, die mit einer schweren Niederlage der Unternehmer endete.

Lokales und Provinzielles.

Dresdan, den 24. Februar.

* Ueber die städtische Straßenbahn gehen jetzt Mitteilungen durch die Blätter, die nicht uninteressant sind. Danach soll in nächster Zeit eine Vorlage an die Stadt-

verordneten-Versammlung kommen, wonach die städtische Bahn von Stadtgraben aus, unter Benutzung der Linie Schweinitzstraße der Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft, nach dem Zwingerplatz, die Zwinger- und Weidenstraße, nach dem Christophorplatz geführt werden. Nach anderen Mitteilungen will man diese neue Linie in einer Schleife endigen lassen und von der Zwingerstraße aus die Taschenstraße in nördlicher Richtung bis zur Ohlauerstraße, auf dieser bis zum Christophorplatz und dann durch die Weidenstraße auf die Zwingerstraße zurückführen. Bedenken bestehen nur darüber, ob die Weidenstraße breit genug ist und ob nicht durch den Straßenbahnverkehr die Feuerwehr bei der Ausfahrt aus der Hauptwache behindert werden würde. Ferner soll in der nächsten Zeit ein wichtiges Verbindungsmitglied vom Königsplatz nach dem nordwestlich gelegenen Stadtteil (Tschepine) in den städtischen Straßenbahnbetrieb eingeschaltet werden. Eine Gesellschaft (I) der Herren Pfeffer und Genossen hat sich angeblich bereit erklärt, für die Rentabilität dieser Straßenbahnanlage auf drei Jahre zu garantieren, sodas während dieser Zeit die städtische Verwaltung keinerlei Zuschüsse für diesen Teil aufzubringen hat.

* Wie die Arbeit des Lehrers gewürdigt wird. Im reichen Kohlenberge Herrsdorf muß ein erkrankter Lehrer vertrieben werden. Dafür bewilligte die Gemeinde 50 Mark pro Monat. Dafür soll in dem anerkannt teuren Orte ein junger Mann, der 8 Jahre auf seine Ausbildung verwandte, wohnen, essen und trinken, sich kelleiden und fortbilden. Eine noble Bezahlung!

* Zur Wahl in Kattowich-Fabrge wird mitgeteilt, daß der Zentrumskandidat Zetoch „wegen hohen Alters“ auf die Kandidatur verzichtet habe. Das scheint uns ein richtiger Zentrumskandidat zu sein. Man will augenscheinlich einen Mann mit polnischem Namen und mit dem Schimmer der Volksnähe an seine Stelle setzen, um Korsanty zu verdrängen. Öffentlich macht die Sozialdemokratie beiden einen Strich durch die Rechnung.

* Zur Flugblattverbreitung. Aus den Distrikten V (Schweinitz) und X (Pöpelwitz) ist bis heute die Zahl der benötigten Flugblätter noch nicht angegeben worden. Die betreffenden Distriktsführer wollen dies noch heute nachholen.

Hunderttausend Breslauer Bürger

sollen am kommenden Sonntag durch ein politisches Flugblatt unterrichtet werden über die Lehren und Folgen des Vergarbeiterstreiks, ferner über die wucherischen Handelsverträge und über das Geschenk von 30,000 Mk., das unsere Stadtväter dem Kronprinzen bewilligten. Dies ist nur möglich, wenn mindestens fünfshundert Genossen auf den Beinen sind. Deshalb, alle Mann an Bord! Die Genossen finden sich am Sonntag Morgen zur Verbreitung in den Distriktslokale um 7 1/2 Uhr ein, nicht wie gestern irrtümlich bemerkt wurde um 8 1/2 Uhr. Für den Distrikt Innere Stadt erfolgt die Ausgabe des Materials im Arbeiterssekretariat.

* Grober Unfug in Verbindung mit einer Uebertretung bei Straßen-Polizeiverordnung sollte der Angestellte des Maurer-Verbandes, Widera, befangen haben und war er deshalb mit einem Strafmandat in Höhe von 20 Mk. bedacht worden. Widera war am 15. Dezember nach dem Bankgeschäft Radach am Hofmarkt gegangen, um dort Verbandsgelder einzunehmen. Unterwegs war er bei zwei Kollegen in der Nähe des Neubaus von Seidel, Ring, Ecke Blücherplatz, stehen geblieben. Befanntlich ist aber der Bau gesperrt und als Seidel Widera sah, schickte er rasch einen Arbeitwilligen nach der Ringwache, um einen Schutzmann herbeizuladen. Mittlerweile ging Widera wieder weiter und befand sich fast in der Mitte des Blücherplatzes, der um diese Zeit voll Christbäume stand, als er merkte, daß ihn ein Schutzmann nachgelaufen kam. Widera drehte sich nun um, und fragte den Beamten, was er eigentlich von ihm wollte, und bemerkte schließlich, daß die Passanten von der Polizei vor Seidel geschützt werden. Widera soll sich nun auf Anfordern des Schutzmanns hin nicht schnell genug entfernt und außerdem durch sein lautes Sprechen einen Anlauf verursacht haben. Wegen den ergränzten Strafbefehl erhob Widera Einspruch, weshalb die Sache gefest vor dem Schöffengericht zur Verhandlung stand. Der Schutzmann gab an, er sei von Seidel herbeigerufen worden, denn er sei die Absicht des Widera gewesen, die Arbeitwilligen von der Arbeit abzuhalten. Er habe ihn deshalb auch im Interesse der Sicherheit und Ordnung fortgewiesen, da sich leicht ein Skandal oder eine Schlägerei hätte entwickeln können. Das Widera nicht sofort ging, sondern „gelärmt“ habe, wurde von einem anderen Schutzmann bekundet. Das Gericht war indes von der Schuld des Angeklagten überzeugt und erkannte auf zwanzig Mark Geldstrafe, event. 4 Tage Haft.

* Das Ende der „Öffentlichen Maerischen Zeitung“ Das neue Patentblatt, das Mitte Dezember in Breslau gegründet wurde, hat wieder sein Erscheinen eingestellt. Der Verlag der Öffentlichen Verlags-Gesellschaft Friedrich u. Co. veröffentlicht heute eine Erklärung, die mit folgenden Worten beginnt: „Wir sehen uns zu unserem Bedauern veranlaßt, mit der heutigen Nummer das Erscheinen der „Öffentlichen Maerischen Zeitung“ einzustellen. Es hat sich ergeben, daß die Verhältnisse im deutschen Osten noch nicht reif waren für ein Zeitungsunternehmen großen Stiles, das die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Ostmarken vertreten sollte.“ Die Verhältnisse waren für ein solches Patentblatt allerdings „noch nicht reif“. Bemerkenswert ist an dem Fall vor allem, daß die gesamte bürgerliche Presse, die von dem Erscheinen des Organs niemals Notiz nahm, jetzt freudestrahlend das Eingehen mitteilt. Das ist bürgerliche Ehrlichkeit: Furcht vor eigenem Abonnentenschwund!

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* Achtung, Metallarbeiter! In der Sorauer Maschinenfabrik vormalig Hebel sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma Hebel hat für die Firma Deng u. Cie. in Wien, wo die Kollegen sich im Streik befinden, Arbeiten übernommen und mütete nun den bei ihr beschäftigten Arbeitern zu, Streifarbeit anzufertigen. Wir ersuchen Arbeitsangeboten nach Sorau keine Folge zu leisten. Zuzug ist streng ferngehalten. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Fr. Schlegel.

Aufgehobene Sperre. In der Nummer vom 16. Februar teilten wir mit, daß der Verband der Bauhilfsarbeiter über den Abbruchsan der Unternehmer Niebusch und Fuchs wegen Nichtinnehaltung des Tarifs die Sperre verhängt hat. Der Verband hat nunmehr die Sperre wieder aufgehoben, weil sich durch Verhandlungen herausgestellt hat, daß der Lohnarif innegehalten worden ist.

Neueste Nachrichten.

Die Stichwahl in Hof.

Bei der Reichstagsstichwahl im hiesigen Wahlkreis hat in der Stichwahl Dr. Goller (Kandidat der vereinigten Liberalen) mit 3500 Stimmen Mehrheit über Geißler (Soz.) gesteat.

Genosse Bodk gewählt.

Genosse Bodk, früher Vizepräsident des Gotthalden Landtages, dessen Mandat aus formalen Gründen für ungültig erklärt worden war, ist mit 22 gegen 20 Stimmen wiedergewählt worden.

Rußland.

In Warschau sollen, wie der „Rattow. Bz.“ gemeldet wird, fünf von den Offizieren, die sich gegen die freiziehenden Arbeiter am grausamsten benommen hatten, erschossen worden sein. In der unteren Stadt sind sechs Karren ausgetrockneten Truppen sind zu ihrer Beilegung eingetroffen. Die Arbeiter der Gasfabrik legten die Arbeit nieder.

Amlich wird bekannt gegeben: Infolge Personalstreiks ist an der Warschau-Wiener Bahn bis auf weiteres der Personen- und Güterverkehr eingestellt. Güter nach Rußland über Alexandrows sind bis auf weiteres nicht anzunehmen, vollende anzuhalten und den Abfahrern zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Schwell- und Personalzüge endigen in Lhona bzw. Dilschlin. Reisende sind darauf aufmerksam zu machen.

Es wird also immer schlimmer in Polen.

50,000 Mann!

Eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet beschloß, die Beiträge auf monatlich 50 Pfennig zu erhöhen. Der Verband hat seit Beginn des Streiks über 50,000 Mitglieder gewonnen.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

23. u. 24. Febr.	Nachm. 5 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 1/2 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,8
Luftdruck bei 0° (mm)	756,9	755,6	752,6
Dunstdruck (mm)	4,4	4,5	4,5
Dunstfättigung (pCt.)	79	91	92
Wind (0—12)	SO 2	SO 3	O 3
Wetter	bedekt.	bedekt.	bedekt.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Zentralverband der Schmiede. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß die Kassengeschäfte, insolge Verunglückung des Kassierers, seitens sich bis auf weiteres in den Händen des Kollegen Schell, Rosenstraße befinden.

Gewerkschaftshaus.

Sonabend den 25. Februar: Zimmerer-Verband. Jeden Sonnabend zahlreich. Holzarbeiter-Verband. Großes Mariental.

Sonntag, den 26. Februar: Buchdrucker-Versammlung. Vormittag 10 Uhr im Saale. Banarbeitserschulungskommission. 11 Uhr Vormittags. Zimmer Nr. 5.

Montag, den 27. Februar: Schuebler-Verband. Die Mitglieder-Versammlung findet im Zimmer Nr. 3 statt.

Mittwoch, den 1. März: Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Nikolai-Abend. Zimmer Nr. 2. Frauen sind eingeladen.

Sonabend, den 4. März: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Abends 8 Uhr: Großer maskierter und unmaskierter Ball.

Sonntag, den 5. März: Rezitationsabend im großen Saale. „Das Tal des Lebens“. Rezitator: Emil Wollotte-Berlin. Beginn: 5 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Montag, den 6. März: Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).

Sonntag, den 26. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverteilung statt, zu welcher sämtliche Parteigenossen eingeladen werden, und sich pünktlich im Bezirkslokal 2 und 4 zu stellen haben, damit dieselbe sehr schnell von Statten geht.

Der Distriktsführer. Bezirk 2, Freitag, den 24. Februar: Zusammenkunft. Das Erscheinen aller ist nötig. Der Bezirksführer.

Bezirk 5 u. 7. Sonnabend, den 25. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Kassemabend und Ausgabe der Flugblätter. Alle Genossen werden ersucht zu erscheinen, die Mitgliedsblätter sind mitzubringen. Die Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Die Bezirksführer und Mitglieder werden ersucht, nach der Flugblattverteilung sich im Distriktslokal „Nosenhain“, Neuhofstraße Nr. 3, einzufinden. Der Distriktsführer.

Bezirk 14. Die Genossen werden ersucht, Sonntag, Vormittag 7 1/2 Uhr, in dem bekannten Lokal zur Flugblattverteilung zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Distrikt III u. XI (Obervorstadt).

Bezirk 47. Sonnabend, den 25. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Bezirksführer.

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).

Sonntag, den 26. d. M., früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverteilung vom Distriktslokal, Schwob's Restaurant, Blücherstraße 15, wozu hiermit alle Mitglieder dringend eingeladen werden. — Sonnabend Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im selben Lokal. Der Distriktsführer.

Distrikt VIII (umfaßt die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Kleinburg] und 121.) Freitag, den 24. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft des ganzen Distrikts bei Feller, Vograuerstraße 95. Der Distriktsführer.

Distrikt IX (Gabis) (umfaßt die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.) Die Parteigenossen wollen sich am Sonntag, den 26. Februar, früh 7 1/2 Uhr, zur Flugblattverteilung in dem bekannten Lokal einfinden. — Die Bezirksführer werden gebeten, Sonnabend Abend zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt X (Pöpelwitz).

Bezirk 24. Sonntag, den 26. Februar, früh 7 1/2 Uhr: Zur Flugblattverteilung ladet die Genossen im bekannten Lokal ein. Der Distriktsführer.

Bezirk 29 u. 30 (früher 111 u. 112 Pöpelwitz). Die Parteigenossen werden ersucht, Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, im bekannten Lokal vollständig zu erscheinen. — Dagegen werden alle Parteigenossen aufgefordert, Sonntag, den 26. Februar, früh 7 1/2 Uhr, zur Flugblattverteilung bei Grabelle zu erscheinen. Die Bezirksführer.

Bezirk Ostwig.

Sonntag Vormittag 8 1/2 Uhr: Flugblattverteilung.

Freiburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 8 Uhr: Öffentliche Versammlung in der „Germania“. Vortrag des Bezirksleiters Friedrich Schlegel-Breslau über: „Aus dem Reiche der Schafmacher.“ Freie Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Striegau. Öffentliche Sozialarbeiter-Versammlung. Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 3 Uhr, in der Bierquelle in Gröben.

Striegau. Öffentliche Versammlung des Konsumvereins für Striegau und Umgegend. Montag, den 27. d. Mts.

Abends 8 Uhr, in Herrn Sauer's Konzert- und Theaterkaal. Vortrag des Herrn Grafhold-Breslau: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine.“ Freie Diskussion.

Pirschberg. Zentral-Verband der Zimmerer. Sonntag, den 26. Februar, Winterveranstaltungen, Radfahren und Vorträge in der „Andreaskirche“ in Cunnersdorf. Ohne Masken. Anfang 5 Uhr. Der Vorstand.

Oblau. Schlesiener Arbeiter-Sängerbund. Sonntag, den 26. Februar: Delegiertentag in Oblau (Baumgarten). Abfahrt früh 7 Uhr 40 Min. Oberöf. Bahnhof.

Brieg. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 3/4 Uhr, in der Dorotheenhalle (bei Pils) Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag des Genossen Rabl-Breslau über: „Die Zustände in Rußland.“ 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Inhaber von Parteimitgliedsarten sowie alle Freunde unserer guten Sache sind freundlichst eingeladen. Entree 10 Pf. Der Vorstand.

Kattowitz. Volks-Versammlung. Sonntag, den 26. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftslokale, Rathausstraße 12. Tagesordnung: Zentrum und Sozialdemokratie. Referent: Redakteur Franz Klübs-Breslau. Freie Diskussion. Eintritt frei.

Am 23. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unsere gute Mutter, Schwieger- und Grossmutter,
Frau Maria Nowack
geb. **Luckas**
im Alter von 70 Jahren 349
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag nachmittags 4 Uhr vom Wenzel-Hancke'schen Krankenhaus nach St. Salvator.

Tabakarbeiter-Verband.
Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses 347
Angeordnetliche Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Recht zahlreiches Erscheinen wird gewünscht.
A. M.: Der Bevollmächtigte.

Restaurant „zum großen August“
Scheidnitzerstr. 4. 349
Sonntag, den 26. Februar
Großes Bodfest.
verbunden mit musikalisch-humoristischen Vorträgen, wozu Sportkollegen, Freunde und Bekannte ergebenst einladen
August Mahler.

Genossen 348
laufen billig und reell im
Schuhwaren-Konsum, Matthiasstr. 9.

Genossen! Gewerkschaftler!
Breslauer Schuhmacher-Genossenschaft
Schuhwaren-Lager
für Herren, Damen und Kinder.
Reparatur-Werkstatt
Auf Wunsch werden Reparaturen abgeholt und zugestellt.
Dittnerstraße 7. — Friedrich-Wilhelmstraße 93.
Scheidnitzerstraße 22.
Der Vorstand.
Paul Chater, Paul Lange.

Mein grosser Inventur-Ausverkauf
hat begonnen.
Die Schaufenster zeigen Ihnen beispiellos billige Preise in Emaille, Glas, Porzellan, Lampen, Geschenkartikel, Lederwaren etc.
Wirtschafts-Magazin
H. Sachs,
Gartenstrasse 95, part. u. I. Etg.
(Ecke Teichstr., dicht am Hauptbahnhof) und
Adalbertstrasse 20,
Ecke Scheitnigerstrasse.
Grösstes Spezial-Geschäft am Platze,
Günstigste Kaufgelegenheit für Brautausstattungen.

Stadt-Theater.
Freitag:
Gastspiel Agnes Forma
„Ritza von Barnheim.“
Sonnabend:
„Tristan und Isolde.“

Pöbe-Theater.
Freitag:
„Das Schwalbennest.“
Sonnabend:
„Die Ricciarducci.“

Blau Maschinisten-Anzüge,
waschecht u. dauerhaft,
Arbeits-hosen
empfiehlt billigst
Gustav Knauerhase
Inh.: Oskar Dehmel
Heumarkt 45,
part. u. 1. Etg.



Achtung!
Bis 26. Februar
Inventur-Reste
bedeutend billiger.
Schwarzer Dreier,
Zigarrenhandlung.
Ecke Wallstr. und Antonienstr.

Freunden, Männern und Parteigenossen
bringe ich hiermit mein
Kasier-, Friseur- und
Haarschneide-Geschäft
in empfehlende Erinnerung
Karl Nieblich
Anderstrasse 4 351
2. Haus v. d. Friedr.-Wilhelmstr.
Gleichzeitig empfehle ich zur Aus-
führung jeder Braut-, Ball-
und Gelegenheitsfrisuren
Frau Emma Nieblich.

Weil-
Fahrräder haben sich durch
jahrelange Proben am besten
bewährt.
Zwei
Jahre
Garant.
Im Gebrauch unverwundlich!
Das beliebteste Rad am Wege!
Jetzt sehr billige Preise!
Grösste Auswahl!
Neuer empfehle:
Elite-Räder 65,00
von 21/2
an mit Gummireifen, Nabe,
1 Jahr Garantie.
Pneumatische, Juchebreite,
Reparaturen fräundlich billig.
Katalog gratis und franko.
Max Jul. Hoffmann
Blücherstr. 14. — Sandhamm.
Pöbel Taschenstr. 16,
Scheidnitzerstr. 149

Arbeiter-Frauen!
bezieht Euch bei Ein-
käufen stets auf die
„Volkswacht“!

Zigarren!
Bei Bedarf des Bedarfs von Zigarren und Zigaretten
erlaube ich Freunde und Parteigenossen mein Zigarren-Spezial-
geschäft zu veranschauligen.
Oskar Hoffmann, 344
Kägelohle Nr. 3, 2. Haus von der Klauerstrasse.
„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Post 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

Kaum glaublich!
Ist es, dass der
Schuhwaren-Radikal-Ausverkauf
Neue Graupenstr. 11
bald beendet sein wird.
Es sind bereits seit dem 1. Februar d. Js. über
5000 Paar Schuhe
verkauft worden und nur noch vorhanden
zirka 7000 Paar beste Schuhwaren
bestehend aus:
Herren-Gamaschen, Damen-Stiefeln, Hausschuhen, Filzschuhen, Lack-
stiefeln, Salon- u. Spangenschuhen, Kinderstiefeln u. Halbschuhen,
die, um so bald als möglich zu räumen,
ohne Berücksichtigung der hohen Lederpreise bis unter die Hälfte der
früheren Preise ausverkauft werden.
Beeile sich daher jeder
seinen Bedarf auf Jahre hinaus zu decken, da solch gute Schuhwaren zu derartigen
Schleuderpreisen kaum noch einmal zu haben sein werden.
Leo Nellhaus 345
Neue Graupenstr. 11.
Selten günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer!

Das ist nur
Max Biermann
Breslau,
Ring 51,
erste Etage,
neben der
Stockgasse.

Wer Glück hat, wählt das
richtige Kredit-Haus.

**Breslau's
grösstes Möbel-
und
Garderoben-Kredit-Haus**
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage
(neben der Stockgasse)
bietet die grössten Vorteile.
Nachweislich kleinste Anzahlung.
Möbel einzelne Stücke,
ganze Einrichtungen
Anzüge, Ueberzieher,
Kinderwagen, Teppiche, Gardinen.

Filiale
in 352
Waldenburg Schl.
Auswärts franko.

Empfehle meiner werten Kundschaft für Mädchen u. Knaben
Knopf-, Schnür- u. Zugstiefeln
selbstgefertigte Ware, zu ganz soliden Preisen,
billiger wie jede Konkurrenz, sowie
Herren- u. Damen-Gamaschen
in jeder Größe vorrätig. 349
H. Christmann,
Nr. 37, Scheitniger-Strasse Nr. 37.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Die Etatsdebatte im Stadtparlament.

Der gestrige Donnerstag brachte unserer Stadtverordnetenversammlung die Generalberatung des Stadthaushaltsplans. Wir haben eine eingehende kritische Besprechung des städtischen Grundsatzes bereits begonnen und sehen dieselbe an anderer Stelle der heutigen Nummer fort. Zu allgemeiner Information über Einnahmen, Ausgaben und die ganze Verwaltung sei das Studium der Etatsbetrachtungen unseren Lesern noch besonders ans Herz gelegt.

Der Neigen eröffnete mit einem von Sachkunde zeugenden und in gewandter Form zu Gehör gebrachten Vortrag der ständige Etats-Referent

Stadtv. Dettinger:

Der große Ueberfluß von 1903 ist in den Etat für 1905 eingestellt worden. Insgesamt weist der Etat 2.150.000 Mk. Mehreinnahme auf. Man sollte meinen, daß es schwierig sei, eine so große Mehreinnahme auch wieder auszugeben. Aber es geht alles drauf! (Heiterkeit.) Der neue Etat hat das Jährliche seiner Ausgaben über alle Vermaltungen ausgeschüttet. Wir könnten uns darüber freuen, daß die Mehrausgaben eine solche Höhe erreicht haben, wenn die Freude nicht mit Bitterkeit gemischt wäre. Der größte Teil der Mehrausgabe fällt mit 1 1/2 Millionen auf die Bauarbeiten, die also alle Jahre wiederkehren. Wenn eine derartige Mehrausgabe alle Jahre wiederkehrt, dann wird die Frage der Deckung brennend werden, wenn auch nicht im nächsten, dann doch in den späteren Etatsjahren. Redner bespricht hierauf kurz die Steuererhöhung und wendet sich dann den Einzelteilen zu.

Der Etat für Armen- und Wohlfahrtspflege ist in diesem Jahre am bescheidensten gewesen. Die Forderungen sind zum Stillstand gekommen und man könnte aufrechen sein, weil das den Schluß zuläßt, daß die Einkommensverhältnisse der enormen Bevölkerung bessere geworden seien. Der Etat für das Bildungswesen erfordert höhere Zuschüsse, besonders ist das Konto der Befolgung höher geworden, auch die Wohnungsverhältnisse mußten infolge der Verlegung der Stadt Breslau in die Servisstraße A erhöht werden.

Die Schulärzte an den Volksschulen haben seit Jahren eine Gehaltserhöhung gewünscht. Sie soll ihnen zu Teil werden im Betrage von je 300 Mk. in drei Raten. Außerdem sollen zwei Singaschulen für besser befähigte Schüler eingerichtet werden. Die Handwerkerkurse ist keine rentable Anstalt. Jeder Schüler kostet 225 Mk., der Zuschuß der Stadt betrug pro Schüler 185 Mk. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in Handwerkerkursen immer mehr die Lust Platz griffe, an der Bildungsmöglichkeit teilzunehmen, die ihnen in Breslau geboten wird. Die Bauverwaltung ist zwei Jahre hindurch auf schmale Ration gesetzt worden und will in diesem Jahre das nachholen, was sie in den zwei Jahren verlor. Doch ist dieser Etat gerade derjenige, wo am leichtesten Abstriche zu machen sind. Der Kanalisationsetat ist ebenfalls anzuheben, da auch die Kanalisation von Scheitling darin enthalten ist. Mit wenig Freude können wir auf den Etat des landwirtschaftlichen Besitzes blicken. Leider ist der Landwirtschaftsetat, aber reden wir lieber nicht davon! (Heiterkeit.) Der neue Herr Dezernent hat uns ja für die Zukunft bessere Ertragnisse in Aussicht gestellt, hoffen wir, daß sie in Erfüllung gehen. Redner wendet sich dann den Etats der Betriebswerke zu und wünscht, daß der Magistrat in Zukunft spätestens im Februar einen Ueberblick über die Rechnungsergebnisse der Betriebswerke geben würde. Bezüglich der Repräsentationskosten des Magistrats bringt Redner zur Sprache, daß der Magistrat seinen eigenen Fonds für derartige Zwecke habe und die Mittel dem Fonds entnehmen, der zwar den Namen ad pios usus führt, aber doch bestimmungsgemäß nicht allein „zu wohltätigen Zwecken“ verwendet werde. Die Verammlung könne aber diesmal

Gelegenheit nehmen, den Fonds ad pios usus zu regulieren und dem Magistrat entsprechende Mittel zu unvorhergesehenen Repräsentationsausgaben zur Verfügung stellen. In den Etat ist zu diesem Zwecke eine Summe von 2000 Mark eingestellt worden. Der Magistrat sollte sich zur Aufgabe machen, den Etat nicht nur nach dem Grundsatz aufzustellen, daß die Ausgaben wachsen, sondern auch, daß die Steuerkraft der Bürgerchaft berücksichtigt wird. Nach diesen Grundsätzen werden wir den Etat beraten und prüfen, wohlwollend für die Ausgaben und wohlwollend für die Steuerzahler. In diesem Sinne beantrage ich, den Etat zur Vorberatung dem Staatsrat zu überweisen. (Lebhaftes Bravo!)

Stadtv. Zebulla (konservativer Hausbesitzer): Nach den treffenden Ausführungen der Etatsreferenten habe ich nur noch einige kurze Bemerkungen zu machen. Wir vermessen eine Darstellung der Vermögensverhältnisse der Stadt. Wenn die Steuern steigen, dann hat es doch auch eine gewisse Berechtigung, in jedem Jahre den Vermögensstand anzugeben. Es werden immer Anleihen gemacht, aber eine Uebersicht über die Schulden und den Vermögensstand wird nicht regelmäßig gegeben, Breslau könnte in der Beziehung von Dresden lernen. Weiter beschwert sich Redner darüber, daß die Grundsteuer unverhältnismäßig hoch liegt gegenüber der Einkommensteuer. Der Magistrat stelle sich also weniger freundlich gegenüber den Grundbesitzern als früher. Das sei bedauerlich. Man solle auch vorsichtiger sein mit neuer Ausgaben. Besonders solle man nicht mehr Schulärzte anstellen, insbesondere nicht an Mittel- und höheren Schulen.

Stadtv. Dr. Steich (freisinnig)

bittet die Aufmerksamkeit dem Armenarzneyssystem zuzuwenden, das der großen Stadt Breslau absolut nicht mäßig sei. Manche Bezirksarmenärzte seien geradezu überlastet und die Armenkranken mühten darunter leiden. Weiter wünscht der Redner, daß das Kreisphysikal des Allerheiligenhospitals vermehrt werde. Das Hospital sei großartig eingerichtet, der Operationsaal so wohl der beste in Deutschland, trotzdem würde das umfangreiche Material nicht wissenschaftlich verarbeitet. Auch die Krankenwärter mühten besser besollet werden. Das treffe auch für das städtische Krankenhaus zu. Dort erhalten die Wärter 25-30 Mk. Monatsgehalt und müssen Pflichten von 60-70 kräftigen Kranken erdulden und schließlich sich noch Disziplinstrafen gefallen lassen. Das sind unbillbare Zustände, und eine Erhöhung der Gehälter wäre sehr am Plage. Bezüglich der Schulärzte hat der Redner die entgegengelegte Meinung, als der Stadtverordnete Zebulla. Es sollten mehr Schulärzte angestellt werden, sowohl an Volksschulen als an den höheren Schulen.

Stadtv. Schütz (Sozialdemokrat)

Es ist gewiß sehr erfreulich, daß unsere finanziellen Verhältnisse sich so unerwartet günstig gestaltet haben. Wenn man mit dem düsteren Bilde, welches das vorjährige Etats-Exposé von den Finanzverhältnissen der Stadt entwarf, das freundlich anheimelnde Bild vergleicht, welches das jetzige den Etat begleitende Exposé unseres neuen städtischen Finanzministers bietet, dann muß man sagen: Uns ist wieder die Sonne aufgegangen. Wie der Magistrat — denn der Räumere allein war doch nicht berufen zur endgültigen Feststellung des Etats — sich im vergangenen Jahre darat irren und in solcher Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse verkommen konnte, ist mir allerdings nicht verstandlich. Ich gestehe aber offen, daß ich mich einer gewissen schadenfrohen Bemühtung nicht ganz erwehren kann, angeleitet der Tatsache, daß die Herren vom grünen Tisch sonst sehr gern mit höflich mitleidiger Miene auf und nichts will kein Laien herabzusehen pflegen, wenn es sich um tiefgründige Staatsfragen handelt. Die Gegner der Schlachtfleuer werden ja die tatsächliche überaus plötzliche Wendung in unseren städtischen Finanzverhältnissen mit besonderer Freude begrüßen. Gibt dieselbe doch die Gewissheit, daß die Befreiung jener ungerathenen Steuer viel leichter vor sich gehen wird, wie bisher angenommen wurde.

Mit der Absicht des Magistrats, die eine Haupteinnahme gebenden städtischen Betriebe: Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, jetzt derart zu kräftigen, daß diese Anlagen später viel höhere Ueberschüsse bringen und damit den Ueberschuß der Schlachtfleuer zum erheblichen Teile ausgleichen, kann ich mich durchaus einverstanden erklären. Aber ich bin immer noch der Meinung, daß es in Konsequenz dieser Politik richtiger wäre, den unerwarteten Ueberschuß des Jahres 1903 nicht als außerordentliche Einnahmen in den diesjährigen Etat einzustellen, sondern von den 1.400.000 Mk. wenigstens eine Million zurückzulegen zu dem gleichen Zweck: Ausgleiche der zukünftigen Wirkung des Wegfalls der Schlachtfleuer. Wenn es richtig ist, daß die Befreiung der Schlachtfleuer eine Erhöhung der Einkommensteuer um 30-40 Proz. erforderlich macht — ich halte das nicht für unbedingt richtig —, dann sollte man jetzt ruhig weiter Jahr für Jahr wie im Vorjahre 150 Prozent Einkommensteuer erheben und Ueberschüsse sammeln, nicht aber jetzt wieder auf 140 Prozent und eventuell noch weiter zurückzugehen, um dann bei Befreiung der

Schlachtfleuer im Jahre 1910 unvermittelt auf 170 oder gar 180 Prozent der Einkommensteuer zu kommen.

Und das Gleiche gilt für die Bemessung der Gewerbe und der Grundsteuer. Insbesondere die letztere Quote soll wieder ermäßig werden, noch um einige Rhenien pro Mille erhöht werden, um ihrerseits den Fonds zur Deckung des Schlachtfleueranfalls zu stärken. (Ho.) Das ist mir durch die Vertretung dieser Ansicht die Unannehmlichkeit der Herren Hausbesitzer zuwiegen, war mir klar. Vor kurzem als wir die Vorlage, nach welcher die Herausziehung einer Anzahl von Grundbesitzern auf Grund der Bestimmungen des § 9 des R.-A.-G. zu Antiegebeiträge vorgeschlagen wurde, zu beraten hatten, sagte Herr Weisberg, daß außer mir und meinem Freund Pöhl niemand im Saale sei, der die Ungerechtigkeit, die Grundbesitzer zu belasten, guthieße. Ich bemerke hierauf, daß doch einige sozialgestimmte Herren sich hier befinden, die die unerbittliche Vertretung des Grundbesitzes nicht billigen. Herr Weisberg versuchte einen allerdings vorübergehenden Witz auf den Zukunftstaat zu machen. Im Zukunftstaate wird der Grundbesitz von Leistung und Gegenleistung im weitestgehenden Maße Anwendung finden. Im Gegenwartstaate aber bereichert sich eine kleine Minderzahl auf Kosten der breiten Masse. (Widerspruch.)

Wie der vorliegende Etat erweist, hat man auch jetzt keine Mittel und Wege gefunden, den großen Grundbesitz der Stadt nutzbringender zu verwalten. Das städtische Grundeigentum soll allerdings etwas mehr bringen, wie im vergangenen Jahre, das ist aber lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß der vollständige Umbau des Schweidnitzer Keller keine Kosten mehr macht, dagegen der Keller in diesem Jahre die volle Pachtsumme bringen wird. Die Mieter für die der Stadt gehörenden Häuser im Gesamtwerte von 3 Millionen Mark ergeben nach dem Etatvorschlag aus etwa 63.000 Mark noch fast 5000 Mark weniger wie im gegenwärtigen Etatsjahre. Die 4200 Hektar ländlichen Grundeigentums aber werden noch 8000 Mark weniger Ueberschuß bringen, wie im jetzigen Etatsjahr veranschlagt, wo dieser gewaltige Besitz nur die lächerlich geringe Summe von 70.000 Mark Ueberschuß bringen soll.

Die irrtümlich als sehr ungünstig angesehenen Finanzverhältnisse der Stadt hatten es im vergangenen Jahre auch veranlaßt, daß dem Schulhaushalt nur 300.000 Mark, statt wie sonst üblich 400.000 Mark zugeführt wurden. In diesem Jahre aber muß man den begangenen Fehler nicht etwa dadurch gut machen, daß man diesmal 500.000 Mark für Volksschulhausbauten auswirft, nein man läßt es wieder bei den früher üblichen 400.000 Mk. Das ist im Interesse unseres Volksschulwesens entschieden zu beklagen. Wir haben in Breslau in Bezug auf Schulbauten durchaus nicht Schritt gehalten mit den fortschreitenden Verhältnissen. Vor zwölf Jahren 1894 waren hier von 720 Volksschulklassen 75, also etwa 10 Prozent in gemieteten Räumen untergebracht. Nach dem vorliegenden Etat werden aber im kommenden Etatsjahre von 1091 Volksschulklassen in Mieträumen nicht weniger wie 198, das sind reichlich 18 Prozent untergebracht sein.

Auch in anderer Beziehung zeigt die Statistik, daß die Aufwendungen der Stadt für Bildungs- und Unterrichtswecke in den letzten Jahren sich relativ verlängerten. Während 1902 für Unterrichts- und Bildungszwecke 32,5 Proz. der Gesamtausgaben angewendet wurden, betrug diese Aufzage 1903 32,2 Proz., im Jahre 1904 31,8 Proz. und soll nach dem vorliegenden Etatentwurf für 1905 nur noch 31,1 Proz. der Gesamtausgaben betragen. Die Aufzage für Finanzverhältnisse der Stadt auf den kommenden Wegfall der Schlachtfleuer einzurichten, darf jedoch nicht dazu veranlassen, wichtige soziale Aufgaben so dürftig zu erfüllen wie es tatsächlich geschieht. Schule der höheren Lehranstalten erfordern von der Stadt durchschneidlich erheblich mehr wie das doppelte des Zuschusses, den die Volksschüler beanspruchen, und dieser Zuschuß beträgt für manche Kategorien höherer Schüler das drei- und vierfache des für die Volksschüler angewendeten jährlichen Zuschusses. Wäre es da nicht nur ein Akt ungerechter Gerechtigkeit, wenn die Volksschüler die Verhältnisse unentgeltlich gewährt würden? Das würde pro Kopf der Volksschüler einen Mehraufschuß von 2,50 Mark ausmachen, für tausende von Arbeiterfamilien würde das eine ganz bedeutende Entlastung bedeuten, denn im einzelnen gefaßt, kosten die Verhältnisse dem Familienvater für jedes Kind wenigstens 5 Mark jährlich. (Beifall.) Für den Bau einiger dringend notwendigen Brausebäder ist in diesem Etat nichts vorzusehen. Zu einem Geschäftshaus für das Fortbildungsschulwesen haben wir ja Ausschüsse zu kommen, ebenso zu den so lang ersehnten und sehr unrentablen Markthallen. Recht erfreulich ist es, daß die Einnahmen aus dem Personverkehr unter städtischen Straßenbahn um 62.000 Mark höher veranschlagt werden konnten, wie für das gegenwärtige Etatsjahr, und um über 100.000 Mark höher wie das Jahr des Jahres 1903. Mir ist das ein weiterer Beweis, daß die Schwarzfärberei der Herren von der freien Vereinigung in Bezug auf unsere städtische Straßenbahn unberechtigt, daß wir der Entwicklung dieser kommunalen Unternehmens vielmehr mit Vertrauen, allerdings

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Schiller-Fest in Göttingen. Die sich mit deutscher Literatur beschäftigenden Vereine Göttingens haben beschlossen, schon Anfang März eine Schiller-Fest zu veranstalten. Kein geringerer als der beachtete englische Staatsmann Lord Goschen, der Enkel jenes berühmten Buchhändlers, der Schiller während seines Leipziger Aufenthaltes beratend und helfend zur Seite stand, wird die Festrede halten. Auch von den Vereinen rufen sich zu einer gemeinsamen veranstaltenden Fest, deren Veranstaltung das deutsche Abendmahl in die Hand genommen hat. Es ist beabsichtigt, den Tag durch eine Festrede und musikalische Darbietungen zu feiern.

Im Simpfontunnel sind Donnerstag früh die letzten vier Meter in Angriff genommen worden. Bei der Sprengarbeit wurde die größte Vorsicht beobachtet, da ein plötzlicher Ausbruch des im Tunnel anheftenden heißen Wassers (47 Grad Celsius) befürchtet wurde. Um die Arbeiter gegen einen solchen Ausbruch zu schützen, wurden hinter der Anzeigebühnen im Südtunnel hölzerne Stauwerke angelegt, die den Anprall brechen und das Wasser in Abzugskanäle leiten sollen. Auf der Nordseite wurden unterdessen an den Dammwänden Pumpen angelegt, um auch hier einen Teil des eingeschlossenen Wassers über den Kulminationspunkt des Tunnels nach Norden abfließen zu verschaffen. Der Durchschlag wird 9387 Meter vom Südtunnel erfolgen. Die Vorkehrungsmaßregeln sind nicht unnötig gewesen, denn wie die „Vol. St.“ meldet, ist Donnerstag Nachmittag im Tunnel eine neue heisse Quelle hervorbrochen; und die Bohrarbeit mußte daher unterbrochen werden, so daß es zweifelhaft ist, ob der Durchschlag an diesem Donnerstag noch erfolgen kann.

Aus aller Welt.

Zind Schwurgerichte - Volksgereichte? Für die am 13. März d. J. beginnende erste ordentliche Schwurgerichtsperiode in Göttingen wurden folgende Herren als Geschworene ausgelost: Schulze Erdemant - Falkenhagen, Regierungsbaumeister Stadt-Parkim, Gutspächter Döhren-Rabenhorst, Oberförster Wagnere-Jabel, Kadredirektor Homeyer - Wolbeß, Gutspächter Ulrich - Köckelstorf, Zimmermeister Wilow - Lübbeken, Fabrikbesitzer Steffen - Neustrelitz, Ober-Steuereinspektoren Böckenhagen - Schwerin, Bauart Schmidt - Schwanitz, Senator Müller-Barchim, Gutspächter Oldach-Granzin, Bürgermeister Schütler - Wittenburg, Rechtsanwalt Witt-Wismar, Gutspächter Prande - Witlow, Gutspächter Steinbagen - Hof Rüdow, Gutspächter Wade-Wadeßow, Gutspächter John-Radeßow,

Remner Unfug-Röbel, Gutspächter Frey-Woggersin, Gutspächter Winkelmann-Weißbin, Kaufmann Rabe-Neustrelitz, Oberförster von Schalburg-Schildfeld, Kommerzienrat Beckhaus-Boigenburg, Senator Zwick-Waren, Gutspächter Rahns - Ribberich, Gutspächter Rasten-Woldjegarten, Rentner Witt-Ribnig, Gutspächter Siemsen-Rütchow und Senator Hollenbeck-Lübz. - Also kein einziger Arbeiter unter all diesen hochwürdigen Herren. Wen können unter solchen Verhältnissen die unverständlichen Urteile der Westdeutschen und der Justiz in Preußen-Deutschland noch wunder nehmen?

Ein Familiendrama. In Nenendorf tödete, wie aus Nenendorf gemeldet wird, der Arbeiter Dommess seine fünf Kinder, indem er deren Betten anzündete. Daraufhin erhängte er sich. Der Beweggrund zu der Tat ist unbekannt.

Drei Schüler vom Schnellzuge zermalmt. Aus Hohenlimburg wird gemeldet: Der Schnellzug Frankfurt-Wesel überfuhr drei Schüler im Alter von 10 bis 13 Jahren, die durch die Schranke auf den Bahnübergang gelangt waren. Alle drei waren sofort tot.

Ein militärisches Urteil. Das Kriegsgericht der 30. Division in Saarburg verurteilte wegen militärischen Unruhens den Gefreiten Koniecz und den Mann Veber zu fünf Jahren Zuchthaus und zur Entfernung aus dem Heere; die Mannen Niederich und Beck zu fünf Jahren Gefängnis und zur Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenstandes wegen Angriffes einer Militärpatrouille am 2. Weihnachtstage. Strafmildernd (!) kam in Betracht, daß die Angeklagten von der Patrouille gereizt worden waren. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen. - An diesen drakonischen Urteilen kann man nicht nur den „Segen“ des Militärstrafgesetzbuches erkennen.

Ein Verlesung als Familienvater. Die Standesamtsnachrichten in Stendal enthalten die Mitteilung, daß in voriger Woche einem Dachdeckerlehrling eine Tochter geboren wurde!

Das Feuer im Kuitballon. Ein Kuitballon, der auf der Plaza die Tarrés in Barcelona (Spanien) aufstieg, fing Feuer. Der Kuitballon fiel aus dem Korbe und blieb geschmettert am Boden liegen.

Zu dem Grubenunglück in Alabama (Amerika), von dem wir gestern kurz Mitteilung machten, melden Londoner Blätter, daß alle Hoffnungen, die 116 begrabenen Grubenarbeiter lebend zu erreichen, aufgegeben ist. Die Ursache der Explosion soll die falsche Anlage einer Sprengmine gewesen sein. Die Mine explodierte mit furchtbarer Gewalt, gerade als die 116 Nachtarbeiter den Boden des Schachtes erreichten. Der Schacht wurde zertrümmert

und die Arbeiter tausend Fuß tief begraben, seitdem arbeiten fünf hundert Mann in zwei sich abführenden Abteilungen ununterbrochen um sie auszugraben. Man förderte bereits dreizehn Leichen. Unter den Schachteinangern spielten sich herzerregende Szenen ab, als den dort anwesenden harrenden Angehörigen mitgeteilt wurde, daß alle Hoffnung aufgegeben sei. Die Begrabenen sind meist Ausländer. Das Rettungswerk war durch böse Wetter sehr gefährdet. Viele vom Rettungskorps wurden besinnungslos zutage gefördert.

Nur eine Gaisgeniriff. Der Naumburger Altamörder in München, dessen Hinrichtung aufgeschoben wurde, wird nun doch hingerichtet. Der von ihm als eigentlicher Mörder angegebene Huber hat sein Alibi nachgewiesen; damit haben sich alle Angaben Altamöders als unwahr herausgestellt.

Ueber den Selbstmordversuch einer Berliner Sängerin wird aus Hünne gemeldet: Die Berliner Konzertsängerin Jadwiga Lewing Sprang, nachdem sie vorher Karbolsäure getrunken hatte, aus einem Fenster ihres Hotels auf die Straße und mußte in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden. Als Motiv des Tat wird unglückliche Liebe angegeben.

Bei einer Schlägerei zwischen Soldaten und Studenten die in der Nacht vom Sonntag zu Montag in Münster stattfand, ist der „Niederrheinische Volkszeitung“ zufolge ein Student lebensgefährlich verletzt worden.

Ertrunken. Beim Feilen der Ems bei Gerbrunn kenterte vor dem Wehr ein Boot mit sechs Insassen. Drei ertranken.

Ein Bettler, der 80.000 Mfr. hinterläßt. Abraham Fidler, ein Jude, der ein geheimnisvolles Leben führte, wurde als Knabe aus seiner Vaterstadt Odesa von einer geheimen Gesellschaft, deren Ziel es war, gestohlene Knaben zu ihren Werkzeugen auszubilden, entführt. Fidler erkrankte und führte das Leben eines Bettlers. Im Alter von 90 Jahren starb er als solcher in Miza. Als man die Leiche entkleidete, fand man auf seinem Körper Wertpapiere in der Höhe von 80.000 Mfr. und ein Testament, durch das er diese ganze Summe dem Baron Rothschild vermachte. Dieses merkwürdige Vermächtnis erklärte Fidler selbst durch die Worte: „Geld geht zu Geld“, die sich in dem Testament befinden. Baron Rothschild deponierte das Geld und stellte Detektiven an, um die Verwandten des Verstorbenen ausfindig zu machen. Diese Detektive fanden 3 Nichten des alten Bettlers in Odesa und Rothschild ließ 32.000 Mfr. an sie auszahlen. 5 weitere Verwandte sind jetzt in Proskyn entdeckt worden. Es sind dies Max Fidler, ein sehr alter Jude, der mit seinen 4 Schwwestern in sehr beschränkten Verhältnissen lebt. Der berühmte französische Adokat Labouri nimmt seine Interessen in dieser Angelegenheit wahr und Herr Fidler selbst tritt demnach die Reise nach Europa an, um den Rest der Erbschaft an sich zu bringen.

Verordnung mit Gewalt, entgegenstehen dürfen. Gewiß ist das De-
fizit unserer Straßenbahn vorläufig noch hoch genug. Das sollte
den Magistrat aber nicht abhalten, die Lage der unteren An-
gestellten dieses Instituts etwas zu bessern. Es steht fast so aus,
als ob die armen Angestellten dafür hätten sollten, daß das Unter-
nehmen bisher nicht prosperierte — die unteren Angestellten natür-
lich — denn der oberen werden sehr anständige Gehälter gezahlt.
Was soll man aber davon sagen, daß die Führer der Straßenbahn-
wagen für ihre ebenso anstrengende wie verantwortungsvolle Tätigkeit ein
Anfangsgehalt von monatlich 60 Mark erhalten! Erst ganz all-
mählich steigt dasselbe in einem eben anständigen Gehalt, aber erst
nach 20 Dienstjahren, die sehr wenige bei dem Institut ungenügend
Verdienst verdienen, steigt dasselbe auf die immer noch bescheidenen
Höhe von 110 Mark monatlich. Hier ist Anfangs- wie End-
gehalt zu niedrig, die Zeit, in der das Pöschgehalt erreicht wird, viel
zu lang bemessen. Da ich grade von der Straßenbahn rede,
möchte ich doch auch auf die ganz unvernünftige
hohe Angabe der Stadt für Straßenbahnarten hinweisen.

Ich bin bei der Durchsicht des Etats zu dem Resultat ge-
kommen, daß die Stadt etwa 25.000 Mark für Abonnements an
die Straßenbahnen zahlt. Gegen die 3000 Mark die davon auf die
zu Theaternachern kommandierten Feuerwehreinheiten entfallen, will ich
natürlich nichts sagen. Aber wenn ich sehe, daß 3. v. im Etat der
Bauverwaltung für diesen Zweck fast 9000 Mark in dem der Bau-
polizei 1200 Mark angelegt sind, erscheint mir das doch recht erheblich,
angesichts des Umstandes, daß den so eifrig straßenbahnzufahrenden
Herren Beamten auch Telefon, Fahrrad, Hut und am Ende
noch ein einmal die eigenen geliebten Weine zur Verfügung stehen.
Während die Gehaltssumme für Magistratsbeamte in den letzten fünf Jahren von 190.000 Mark auf 182.000 Mark
gestiegen ist, während die Summe der Gehälter der Magistrats-
beamten in derselben Zeit sich von 1.363.000 auf 1.734.000 Mark
erhöht hat, ist die Ausgabe für Schreibzettel, Kopialien, Re-
numerationen usw. im demselben Zeitraum fast abgeblieben, trotzdem
sich die Arbeit gewiß ganz bedeutend vermehrte. Das zeigt, daß die
armen Schreiber an der Aufbesserung nicht partizipiert haben.

Bei der vorjährigen Etatberatung wies ich auf die unzuläng-
liche Regelung der Parte- und Promenaden-Wächter hin.
Im diesjährigen Etat ist für jene Arbeiterkategorie eine Aufbesserung
der drittartigen Lebenslage nicht vorgesehen. Es ist überhaupt un-
verständlich, wie viele Jahre lang Männer, die Beamtenqualifikation
besitzen — ihre Befähigung erlangt durch den Reifeprüfungsausschuss
— nun als Arbeiter gelehrt und bezahlt werden. Der Lohn be-
trägt, inklusive einer jeden unterwöchentlichen Besoldung von 200 bis
300 Mark, im ganzen 900 Mark. Eine geradezu erbärmliche Be-
zahlung im Vergleich zur Arbeitsleistung. Die Betriebsdeputation hat
sich mit den Forderungen, die die Gemeindearbeiter in ihrer
letzten Petition aufgestellt haben, beschäftigt. Das Resultat dieser
wohlwollenden Prüfung der gestellten bescheidenen Forderungen ist
ein negatives.

Die Forderungen der Betriebsarbeiter wurden im letzten Jahre
um 1 bis 3 Rente pro Stunde erhöht, eine nicht unbedeutende
Zahl von Arbeitern ist aber gänzlich herabgesetzt worden, trod-
den in dem uns vorliegenden Etat angeordnet wird, daß eine
Steigerung der Lebensmittelpreise einsetreten sei. Der Herr Ober-
bürgermeister hat uns am 19. Januar d. J. verraten, aus welchem
Grunde die Kürzungen für die in städtischen Betrieben beschäftigten
Arbeiter so langsame Fortschritte mache. Wir wären in der Ver-
handlung der Arbeiterfrage weit weiter, wenn nicht jeder Schritt uns
unendlich schwer gemacht würde von jener Partei. Und an
anderer Stelle... bei uns sind diese Fragen seit Jahren auf
der Tagesordnung. Früher ging es ganz glatt vorwärts mit diesen
Dingen, während dieser Zeit anzuschlagen ist, es sehr schwer da-
gegen aufzukommen.

Ich habe das erste Mal bei der vorjährigen Etatberatung über
die Arbeiterverhältnisse in den städtischen Betrieben gesprochen, ich
hätte das schon früher getan, hätte ich aber das notwendige
Material besessen. Ich erinnere daran, daß die von mir gegebene
Darstellung den Tatsachen entspricht, und einiges berechtigtes
Ansehen erlangt hat. Es steht fest, daß die Arbeiter der Gaswerke
36 1/2 wöchentliche Schichten zu arbeiten hätten, es steht fest, daß die
Arbeiter bei der Weichschicht nach 24 stündiger Arbeitszeit
mit einer zwölfstündigen Ruhepause haben; ich habe nachgewiesen, daß
die Arbeit eine außerordentlich schwere, die Gesundheit auf-
zehrende ist. Ich weiß Ihnen das zahlenmäßig nach. Wie ich aus
dem Jahresbericht der Betriebs-Krankenkasse für die städtischen Gas-,
Wasser- und Elektrizitätswerte für das Jahr 1903 ersehe, hat sich der
Gesundheitszustand der Arbeiter nicht gebessert,
sondern verschlechtert.

Auf 117 Mitglieder kommen 1529 Erkrankungen, von denen
649 mit 17347 Krankheitslagen mit Erwerbsunfähigkeit verbunden
waren. Sehen wir uns die Art der Erkrankungen an, so finden wir:
123 rheumatische Leiden, 113 Verkennungen, 90 Magenleiden, 72 Un-
genügendes, 62 Influenza, 49 Luftröhrenleiden, 26 Herzkrankheiten,
22 Querschnittsleiden.

Diese Zusammenstellung zeigt Ihnen, daß die meisten Er-
krankungen schwerer Natur sind und zurückzuführen auf die
überaus anstrengende Beschäftigung.

Und die Beschäftigung dieser Arbeiter läßt trotz der Gefahren,
denen sie ausgesetzt sind, viel zu wünschen übrig. Bei der Spezial-
beratung werde ich nachweisen, daß bei einem nicht unbedeutlichen
Teil derselben die Frauen mitarbeiten müssen, damit die
notwendigen Bedürfnisse gedeckt werden können. Nun frage ich:
Wie muß es für sie aussehen haben, ehe die in den letzten Jahren
gekauften Einrichtungen vorhanden.

Der Stadtrat Herr Albersberg erzählt uns im vorigen Jahre,
die Arbeiter seien so rasch gestorben, seit dem Gasfabrikanten im
Gehaltsverhältnis der volle Arbeitslohn auf 18—20 Wochen gewährt
würde. Ich werde bei der Spezialberatung den Nachweis führen,
daß auch nach dem verfahren wird und nicht jedem Gesunden
diese Arbeit zu gute kommt. Was ist denn seit Jahren so unver-
ändert geblieben? Zur Befreiung der Lebenslage der Arbeiter
gekommen? Vor Jahren, zu einer Zeit, wo hierorts wieder von
einem Einband nach von ausländischen Kapitalisten und Herrern
die Rede war, wendeten sich die Arbeiter der Gaswerke — es
war im Dezember 1901 — an die Direktion mit der Bitte,
um eine kleine Erhöhung beim Verzehrer der Arbeitsverhältnisse.
Aber weder auf diese Petition, noch auf eine im
Juni 1902 an die Direktion gerichtete bescheidene
Anfrage, wurden die Arbeiter einer Antwort
gewürdigt. Die Folge war, daß diese Arbeiter sich im Mai
1903 und im Januar 1904 mit einer Reihe von Forderungen direkt
an den Magistrat wendeten. Die Forderungen der Arbeiter
wurden in der Betriebsdeputation wohlwollend geprüft, das Resultat
dieser Prüfung hat aber sehr ernüchtert. Die meiste Grandsache mög-
liche und der Stadt finanzielle Lage berücksichtigend, Ein-
setzung eines Arbeiterausschusses wurde, weil keine Bedarfnisse
vorliegt, rundweg abgelehnt. Es ist höchst bemerklich, daß noch
von den meisten Kommunalverwaltungen die sozialpolitische Ver-
fassung der Arbeiterausschüsse peremptorisch wird, durch welche erst mit
dem Grundgesetz gebrochen wird, daß der Arbeiter Weg zu gehen
hat, und wenn er nur seinen Lohn erhält, sich weiter mit
der Regierung der Arbeitsverhältnisse nicht ankommen habe. Und
doch handelt es sich hierbei um so manche wichtige persönliche An-
liegen des Arbeiters, welche allen schon eine Gemeinschaft wohl als
notwendig erscheinen lassen, in welcher die Arbeiter durch ihre Ver-
treter ihre berechtigten Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Es gibt in Deutschland einige Gemeinden, die die Forderungen, die die
ihren Arbeitern gegenüber haben, voll und ganz erfüllt haben. In
Frankfurt a. M. hat man an Bismarck'schen Terrain zum Bau
von Arbeiterwohnstätten unter Anwendung des Erbbaurechts ab-
geschlossen. Ein kommunaler Schulmeister, ein Generalmajor a. D.,
hebt diese Tatsache lobend hervor. Redner verliest die betreffende
Sache. Ich habe bis jetzt 14 Städte erwähnt, die mehr oder minder
angenehme Arbeiterverhältnisse bieten. In anderen Orten ist
die Gemeinde nicht bereit, bei der Stadt Berlin als Vorbild
gehorchen zu befehlen. Schon das Bismarck'sche Terrain ist
nicht worden, daß die Stadt keine Arbeiterwohnstätten habe, daß
aus der privaten Unternehmung zu ziehen. Die Arbeiter sind
folgend... (Text continues with details of housing and social conditions in various cities, mentioning names like Frankfurt, Berlin, and others, and discussing the impact of housing on workers' health and productivity.)

nehmungen. Insbesondere muß die Gemeindeverwaltung durch eine
gute Regelung der Lohnverhältnisse, der Arbeitszeit und Verhandlung
ihrer Arbeiter, und daher vor allem durch Schaffung von guten
Arbeitsbedingungen und Arbeiterauschüssen ihr soziales Verständnis
betätigen.

Wie stellt sich nun die diesjährige Betriebsdeputation zu der Forderung
der Arbeiter, eine gleitende Lohnskala einzuführen. Der Vorschlag
dieser lautet: Arbeitern, die der Stadt längere Zeit, in der Regel
mindestens 15 Jahre gedient haben, kann bei verminderter Arbeits-
fähigkeit bis zum Eintritt der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Ge-
meindebeschlusses vom 12. Dezember 1899 derselbe Lohnsatz bezahlt
werden, den sie bei voller Arbeitsfähigkeit zuletzt bezogen haben. Diese
Vergünstigung kann nicht als Nagbares Recht gefordert und auch
jeder Zeit geändert oder wieder entzogen werden. Ueber Gewöhnung,
Aenderung oder Entziehung der Vergünstigung entscheidet der Be-
triebsleiter. Ich will keinem Menschen zu nahe treten, aber etwas
einseitigeres kann ich mir nicht denken. Ein Betriebsleiter ist auch
nur ein Mensch mit Fehlern und Schwächen, mit Sympathien
und Antipathien. Der Vergünstigung würde hier Tür und Tor geöffnet.
Ich bin ein Freund jeder Billigkeit und werde diese vornehmendfalls
bekämpfen. Vor wenigen Tagen hat unser Oberbürgermeister im
Herenbause die Befristung ausgeprochen: Sollte dem Landwirt-
schaftsminister in Gemeinschaft mit dem Handelsminister allein, ohne
eine Zwischeninstanz einzuschalten, das Recht eingeräumt werden, zu
bestimmen, in welcher Höhe die Beiträge für die Stromregulierungen
auf die einzelnen Abzweigungen festzusetzen sind, so sei der Willkür der
weitestgehenden eingedrückt. Dasselbe Befristung lege ich, im
Falle sie hier den Betriebsleitern dieses Recht einräumt. Der Herr
Oberbürgermeister erzählte Ihnen in der Sitzung vom 19. Januar
dieses Jahres, daß der Magistrat, um die Ehre des Herrn Debus-
mann zu retten, einen Prozeß gegen die „Vollmacht“ angestrengt
und eine Verurteilung erzielt hat. Die Verurteilung erfolgte wegen
formaler Verletzung und wurde dem Redakteur der „Schutz“ des
J. 1903 angehängt. Es ist aber interessant, sagen zu können, daß
Herr Debusmann zugeben mußte, vorher beschränkte Äußerungen doch
getan zu haben.

Ich bedaure, daß ich in diesem Prozeß nicht als Zeuge ver-
nommen wurde. (Stürmische Zwischenrufe.) Meine Herren, wäre
auf diesen Fall nicht eingegangen, hätte der Herr Oberbürgermeister
denselben nicht für sich ohne zwingende Gründe angeführt, und da in
den Zeitungen, die über den Ausgang dieses Prozesses berichteten, meine
Person in ein schlechtes Licht gestellt wurde, befände ich mich in der
Ärger. Ich hätte Herrn Debusmann gezwungen, zwei seiner
meinen Person gerichtete Äußerungen zu korrigieren. Nach
diesem Vorgang habe ich nicht das Vertrauen, daß ich nicht nach
Wichtigkeit und ohne Ansehen der Person verfahren wird. Wenn
dem aber nicht so ist, hat die ganze Einrichtung keinen Wert, weil
man hier mit einem Maß brechtlichen Willkürs begehen muß.
Mancher Arbeiter muß den Mangel an Fähigkeit und Kenntnissen
durch Seibeneiererei zu ersetzen suchen, und dabei seine Rechnung finden,
während andere leer ausgehen.

Die Tätigkeit der Gemeinden als Arbeitgeber reicht weit über
ihre nächsten Ziel hinaus, umso mehr müssen die Gemeindeverwaltungen
ihre sozialen Pflichten auf dem Gebiete der Arbeitersicherung zu erfüllen
bestrebt sein.

Oberbürgermeister Dr. Bender:

Auf die vielfachen Anregungen kann ich nur ganz kurz eingehen.
Der Magistrat trifft nicht der Vorwurf, daß er die Etataufstellung
nicht genügend beachtet hat und so die falsche Berechnung im vor-
jährigen Etat mit verschuldet. Die einzelnen Departementen haben
lediglich die Vorschläge aus ihren eigenen Verwaltungen zu liefern
und bekommen die übrigen Vorschläge garnicht zu sehen. Die
Zusammenstellung und Berechnung der einzelnen zu einem Gesamt-
Etat liegt lediglich dem Herrn Kammerer ob und es ist sehr wohl
möglich, daß bei dem umfangreichen Rechnungswesen ein Versehen beim
Überblick eintreten kann. Besonders bei den überaus komplizierten
Berechnungen der Verwaltungsergebnisse der Betriebswerke ist das
schon möglich und wenn ein Fehler in dem vorjährigen Etat vorlag,
so war er durchaus entschuldigbar und menschlich erklärbar. Herr
Kammerer Weller trifft also durchaus nicht der Vorwurf der Leicht-
fertigkeit, wenn er sich in der Vorausberechnung irrte. Und dabei möchte
ich einfügen, daß es durchaus unrichtig ist, wenn die Zeitungen
berichten, Herr Weller habe sich das Leben wegen des Ueberschusses
genommen. Da haben ganz andere Gründe vorgelegen, die zwar
nichts zur Sache tun, aber auch durchaus nichts Unehrenhaftes in
sich schließen.

Redner polemisiert gegen den Stadtrat Heßler, der über
zu große Befähigung der Grundbesitzer klage, trotzdem die Grundsteuer
nach dem Antrage des Magistrats wesentlich herabgesetzt werden
sollte. Da sollten doch die Grundbesitzer dankbar sein und nicht noch
Beschwerde führen.

Was die Ausführungen des Stadtrats Schütz anbelangt, so
habe er, Redner, nicht gesagt, daß Schütz Beschwerden vorbringe,
wenn der Oberbürgermeister nicht antworten sei. Wohl aber habe er
sich mit Recht darüber aufgehalten, daß Schütz dem Oberbürger-
meister bittere Vorwürfe mache und allerdings Angriffe gegen ihn
richte, wenn er nicht antwortet sei. Das sei sonst nicht üblich, wenn
man so häufig Gelegenheit habe, sich auszusprechen. Das sei eine
unrichtige Darstellung, wie er sie öfter erlebt und deswegen müsse
er ihr entgegenzutreten, ebenso wie der Behauptung, daß er
gesagt habe, Schütz bewege sich hier unparlamentarisch.
Er habe immer anerkannt, daß im Stadtkanzleialte Schütz sich sehr
gemäßigt äußere, aber draußen stimmen die Leute, die den
Kommunalebenen der Schützigen Ausführungen bilden, einen ganz
anderen Ton an. So zum Beispiel werde immer wieder behauptet,
er, Bender, habe den Arbeiterführer Mehrlein einen Hezer
und Agitator genannt, er habe sich aber sehr wenig
um Medien gekümmert und es sei ihm nicht ein-
gefallen, eine derartige Bezeichnung anzuwenden.
Wenn man die Darstellung des Stadtrats Schütz höre, müsse man
denken, der Oberbürgermeister ist doch ein Reich, der bloß
barum ist, die Arbeiter möglichst zu bedrücken! Ja, ich tue mir
evidentlich selber leid, was ich für ein schlechter Kerl bin! (Heiterkeit.)
Wahr sei aber, daß die Äußerung, die unter den Gemeindearbeitern
und sonst gegen den Magistrat getrieben wurde, es diesem unendlich
schwer mache, objektiv und mit derselben Liebe die Interessen der
Arbeiter zu fördern. Es werde da draußen alles verdröhrt und das
Gute nicht erwähnt, was der Magistrat für die Arbeiter geschaffen.
Die Stadt könne allerdings nicht höhere Löhne zahlen, als sie ein
Privatarbeitgeber zahle. (Bravo! bei den Konversationen.)
Wir sind die Repräsentanten der Bürgerschaft und führen uns mit der
Bürgerchaft ein. (Beifall bei den Konversationen.) Wir können
ganz so ansetzen mit Reformen und Verbesserungen, aber die Löhne
in die Höhe treiben, das können und werden wir nicht. So ganz
barbarisch aber, wie Herr Schütz es hinstellt, sind wir wirklich nicht.
Wir haben den Arbeitern das Ruhegehalt veranschlagt. Das
sollte Herr Schütz nur auch einmal in die „Vollmacht“ setzen.
Schütz rief: Habe ich schon oft in Versammlungen erzählt!
Ja, aber davon habe ich in der „Vollmacht“ nichts ge-
lesen. Daraus kommen allerdings andere Geschichten
über den Magistrat in die „Vollmacht“. Ich habe mir
einmal die Arbeit gemacht und vierzehn Tage lang aus der „Voll-
macht“ die die ich in Erinnerung behalten — es waren
alle Tage ein halbes Dutzend recht dicke Seiten (Heiterkeit) — und sie
zu betrachten. Da ist denn immer so ein Sas hinterdrein gekommen,
in dem die wunderbaren Dinge behauptet wurden. Da ist z. B. die
Bauarbeiter-Schutzkommission, auch eine sozialdemo-
kratische Kommission, die sich zur Aufgabe macht, Uebelstände auf
Bauten festzustellen und abzurufen. Ich habe als Chef der Bau-
polizei ein lebhaftes Interesse daran, die Beschwerden der Bauarbeiter
kennen zu lernen und habe auch die einzelnen derselben ins geprüfte
und nachforschen lassen. Ueberrascht haben sich die Bau-
arbeiter als Herrchen anzuzeigen. Aber wie haben doch den Verkehr
aufrecht erhalten, um in Erfüllung zu bleiben. Nun passiert es aber,
daß die Bauarbeiter-Schutzkommission eine Paragrafen-Verordnung
erläßt, die mir im Jahre 1903 ganz aus dem Rahmen des Antrages
trotz der Aufklärung der Arbeiter, abzuweisen und verteidigen
sollte, aber mit einem falschen Datum, nämlich vom
1. Januar 1904. Und prompt wird dann in der „Vollmacht“
erklärt, daß die Bauarbeiter-Schutzkommission...

erlassen. So wird mit der Wahrheit umgegangen. Eine Eingabe
der Bauarbeiter-Schutzkommission an uns raufgerollt allerhand zu-
sammen, ich prüfte sie, fand aber nichts als Brausengelächel darin,
seine positiven Angaben. Da kann man den Mut verlieren, mit den
Leuten sich noch abzugeben. Die „Vollmacht“ aber erzählt von der
Unhöflichkeit des Magistrats, der es nicht wahr haben will, daß die
Polizei-Verordnung auf Verlangen der Arbeiter-Organisation geschaffen
sei. Ähnlich treibt es die „Vollmacht“ immer. Als wir den Be-
amten einlassen hatten, der unter Druck seines Diensteids
Internas aus der Verwaltung der „Vollmacht“ mitgeteilt hatte, da
hätte das Blatt den Mut, den Meinereid und die Dienst-
untreue in schamloser Weise zu verteidigen. Sie meinte,
es ginge den Magistrat gar nichts an, in welcher Weise die Be-
amten ihr Interesse an kommunalen Dingen betätigen. Da hätte
Herr Schütz, der Herausgeber der „Vollmacht“ ist, doch einschreiten
sollen. Unter solchen Umständen muß man sagen, daß man es nie-
mand verdenken kann, wenn er Sozialdemokraten nicht in Beamten-
stellungen lassen will. Wie verlangen Diensttreue, und Meinereidige
können wir als Beamte nicht brauchen. (Großer Beifall b. d. Konf.)

Ich habe damit nur sagen wollen, was alles für Behauptungen
aufgestellt werden. Ähnlich ist es auch mit dem Gemeindearbeiter-
Verband. Das heißt es ist kein Verband unserer Arbeiter, sondern
es sind andere Herren gekommen, die die Sache eingeschickt haben
und Herr Mehrlein hat sie in die Hand genommen. Das wird
zwar bestritten und Herr Wuebel soll ja diese Sache nicht richtig dar-
gestellt haben, aber warum bestritten die Herren das eigentlich? Es
ist doch keine Schande von Ihrem Standpunkt aus? Ich würde
mich als Arbeiter garnicht genieren zu sagen, sowohl ich
habe die Organisation inszeniert und die Leitung in die Hand
genommen! (Anmerkung der Redaktion: Bisher hat auch
noch niemand, am allerwenigsten Mehrlein, bestritten, daß er die
Leitung in die Hand genommen habe. Etwas mehr Genauigkeit
würde Herrn Wuebel sehr zu wünschen, Herr Bender!) Also da hat auch
Herr Mehrlein Einreden gemacht, die im Tonfall ganz leicht
waren, aber in den Forderungen desto unannehmer. Da wurden
z. B. Lohnsteigerungen von 15 auf 25 Mark gewünscht und so
ähnliche. Selbstverständlich kann man daran nicht eingehehen. Dann
ist wieder über unsere Partei gesagt worden und die bekannten P-
solutions angenommen. Das alles erschwert uns unsere Forderungen
sehr. Die Fragen sind bei uns schon lange auf der Tagesordnung:
Die Arbeiter-Ausschüsse und dergl. Aber die Diskussion, die
durch solche Äußerungen hervorgerufen wird, hindert das Fortschreiten
der Sache. (Habe rief: Warum ist denn das alles nicht schon
früher geschehen, bevor der Gemeindearbeiter-Verband
gegründet?) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Das ist keine
Art, zu agitieren, darunter leidet die Sache.

Ueber die Vorgänge im Prozeß Debusmann kann ich mich
nicht äußern, da sie mir unbekannt sind. Herr Schütz hat schwere
Vorwürfe gegen den Direktor erhoben und wird sie zu beweisen
haben. Wir haben schweren Herzens Strafantrag gestellt, waren es
aber dem Beamten schuldig. Trotz aller Angriffe aber werden wir
nicht aufhören, den Arbeitern unser Wohlwollen zu erweisen. (Beifall.)

Stadtr. Stein (antijemittisch-konservativ)

mit Schlußreden empfangen, polemisiert gegen Schütz, der für die
hohen Steuern sei, weil seine Wähler ja wenig bezahlen könnten.
Da habe Schütz leicht reden. Die anderen Steuerzahler müßten
auch berücksichtigt werden. Redner ist gegen die Unvergleichlichkeit der
Zehrmittel. Gewissenhafte Eltern haben auch Erb, für
ihre Kinder die Bücher zu kaufen. Die Landwirtschaft sei doch nicht
so leicht, wie man es immer darstellt. Das sehe man an den Preis-
sauer Gütern. Der Gemeindearbeiter-Verband gehe leichtfertig vor.
So habe er, Redner, in der letzten großen Debatte ganz entschieden
für Arbeiterausschüsse plaidiert und Abends habe eine Versammlung
stattgefunden, in welcher Mehrlein behauptet habe, er habe gegen
Arbeiterausschüsse gesprochen. Also genau das Gegenteil der Wahr-
heit sei in der Versammlung berichtet worden. (Das ist tatsächlich
unwahr, denn Mehrlein hat so etwas von Stein gar nicht be-
hauptet. Reaktion.) Schütz sollte sich die Arbeiterverhältnisse in
Kopenhagen ansehen, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit hätten
und sollte dort Bürgermeister werden, da würden sich die Arbeiter
dort freuen, daß sie bessere Verhältnisse kriegen. (Stürmischer Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

Da weitere Redner nicht zum Wort gemeldet waren,
wurde die Debatte um 1/8 Uhr geschlossen und die Ver-
sammlung, die noch aus etwa 30 Herren bestand, beschloß,
den Etat an den dazu eingesetzten Ausschuss zu überweisen.

Deutscher Reichstag.

146. Sitzung vom Donnerstag, 23. Februar 1905, 1 Uhr Nach-
mittags.

Am Bundesratsstisch: Freiherr von Stengel und Müller.
Die Petitionen zu den Handelsverträgen werden
für erledigt erklärt. Das Haus berät alsdann über die Reso-
lutionen zu den Handelsverträgen.

Die Resolution Bleil (fr. Bp.) und Gen. wünscht eine
Novelle zum Vereinszollgesetz von 1867, in der geregelt
werden: 1. Haftung der Zollverwaltung für Verschulden ihrer Be-
amten, 2. Entscheidung der Beschwerden durch eine richterliche Reichs-
zentralstelle nach Anhörung von Sachverständigen, 3. bindende Kraft
amtlicher Auskünfte, 4. Abgrenzung der Haftung zwischen der Eisen-
bahn- und der Zollverwaltung, 5. einheitliche Regelung des Ver-
eidsverfahrens, 6. Abänderung der Strafbestimmungen, insbesondere
Befreiung der Porzellanfabrik bei Zollstraftatungen.

Eine Resolution Graf Ranig (kons.), von Kardorff
(Reichsp.) und Gen. verlangt, daß der § 13 des Tarifgesetzes von
1902 am 1. Juni 1905 in Kraft tritt. Der § 12 bestimmt, daß die
Zölle bis zu drei Monaten gestundet werden können, daß aber die
Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps, Wehl, Malz usw. von dieser
Stundung ausgenommen sind und die Zeit der Lagerung dieser Waren
in Zolllagern mit 4 Prozent zu verzinsen sind.

Abg. Rausch (fr. Bp.): Das Vereinszollgesetz von 1869 ist
veraltet; es paßt für unsere Zeit um so weniger, als es in einer
durchaus freihändlerlich gerichteten Epoche erlassen wurde, während
wir jetzt in einer Periode der entschiedensten Schutzzöllerei leben.
Die Zollniederlagenverwaltungen müssen dieselben Verpflichtungen
übernehmen, die durch die §§ 390 und 417 des Handelsrechtbuchs
den kaufmännischen Lagerhaltern auferlegt werden. Außerst wichtig
ist die Abgrenzung der Haftung der Eisenbahnverwaltung. Die
Eisenbahndirektionen, in denen Zollgüter lagern, stehen unter Mit-
verschluß der Zollbehörde. Die Eisenbahnverwaltung behauptet nun,
daß sie nur bis zur Ablieferung der betreffenden Ware an den Zoll-
und Remissionschuppen zu haften habe. (Hört, hört!) Die Zoll-
verwaltung ihrerseits lehnt die Haftung ab, weil sie an den Güter-
schuppen der Eisenbahnen keinen Mißbehalt habe. So zahlt keiner
von den beiden. (Heiterkeit und Hört, hört! links.) Dieser Zustand
bedarf unbedingt der Aenderung. (Bravo links.) Ebenso ist dringend
notwendig, die Einführung einer richterlichen Reichs-
zentralstelle zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten, wie eine
solche 1866 vom Abg. Ausfeld und Gen. gefordert wurde. Ferner
muß durch Reichsgesetz den amtlichen Auskünften über Zollsätze
bindende Kraft beigelegt werden; es darf nicht mehr vorkommen,
daß trotz erweiterter amtlicher Auskunft Nacherehebungen stattfinden.
Auch muß das Zollstrafrecht in Einklang mit den Prinzipien des
gegenständlichen Strafrechts gebracht werden. Eine Konstitution der
Gegenstände, an denen ein Zollvergehen verübt worden ist, wider-
spricht allen modernen Rechtsgrundsätzen. Die Höhe der Strafe
darf immer nur an der Höhe des defraudierten Zollsatzes,
nicht aber an dem Werte des zollpflichtigen Gegenstandes gemessen
werden. (Zehr richtig! links.) Der Berednersversteher bedarf
dringend einer Aenderung auf reichsgesetzlicher Grundlage, damit die
Industrie wenigstens einen kleinen Ersatz für die schweren Schäden
erhält, die die hohen Zollsätze des Auslandes ihrem Export zufügen.
Wir behalten uns vor, in einer Novelle die Sache näher zu
verhandeln und hoffen, daß die verbündeten Regierungen uns bald
eine entsprechende Vorlage bringen werden. (Zehr Beifall links.)

Reichsstaatssekretär Freih. von Stengel: Eine ähnliche Resolution ist bereits in der Kommission eingebracht worden und Sie finden meine vorläufige Erklärung zu derselben unter den Drucksetzen. Die verbündeten Regierungen haben bereits vor Jahr und Tag die ersten Schritte zur Aenderung des Vereins-Vollgesetzes getan. (Hört! hört! rechts.) Die Materie ist insofern äußerst schwierig. Das Vereins-Vollgesetz hat seinerzeit ganz vorzüglich, jetzt ist es allerdings veraltet. Bei der Revision suchen wir uns der Entwicklung des Handels- und des Warenverkehrs nach Möglichkeit anzupassen. Nun zu den einzelnen Punkten der Resolution. Es ist unzulässig und würde zu den bedenklichsten Konsequenzen führen, die Haftung der Zollverwaltung reichsgesetzlich zu ordnen, gemäß Artikel 77 des Einfuhrungsgesetzes zum V. G.-V. diese Materie in das Bereich der einzelstaatlichen Gesetzgebung stellt. Für eine sachverständige Beratung der entscheidenden Zollfragen ist schon heute im weiten Umfange Sorge getragen. Im Reichsfinanzamt sind drei technische Beamte ganz ausschließlich mit den Zollfragen beschäftigt. Ob durch Einrichtung eines besonderen Gerichtshofes eine Aenderung im Sinne einer milderen Auffassung herbeizuführen wäre, weiß ich nicht zu sagen. Beim Reichsfinanzamt hat man gesehen, daß das Reichsgericht durchweg eine strenge Auslegung vertrat, als der Bundesrat. Betreffs der bindenden Kraft der Auskünfte liegt eine durchaus bewährte Erklärung des Bundesrats vor. Die Abgrenzung der Haftung der Eisenbahn von der Zollverwaltung bedarf in der Tat einer Regelung; ebenfalls werden wir einer Aenderung der Strafbestimmungen näher treten, doch glaube ich nicht, daß die Konstitution unter allen Umständen empfehllich ist. Ob die Resolution angenommen wird, oder nicht, wir werden auf alle Fälle bestrebt sein, das Vereins-Vollgesetz im modernen Sinne umzuändern. (Bravo! rechts.)

Abg. Gump (Kpt.): Die Erklärung des Staatssekretärs sollte die Antragsteller eigentlich veranlassen, die Resolution zurückzuziehen. Die Regelung der Haftpflicht muß der Landesgesetzgebung vorbehalten werden. Notwendiger als diese Resolution erscheint mir, dahin zu wirken, daß die schärfste Behandlung unserer Industrie und unseres Handels durch die ausländischen Zollbeamten endlich aufhört. (Bravo! rechts.)

Abg. Diefel (Zentrum): Wir sind durch den Ausgang der Vereinssache Schutzbefohlene, sind aber gegen jede übertriebene Härte bei der Handhabung der Rölle. Die Haftpflicht muß allerdings der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Richterliche Entscheidung müssen wir ebenfalls ablehnen, da sie durchaus keine Verbesserung herbeizuführen würde. Dagegen sind wir für strenge Abgrenzung der Haftung und für eine Abänderung der Strafbestimmungen, die große Ungleichheiten hervorgerufen haben. Eventuell muß eine Novelle vor der Revision des Zollvereinsgesetzes hierüber vorgelegt werden.

Abg. Dove (fr. Vg.): Die Entgegnung des Staatssekretärs ließ an Entgegenkommen zu wünschen übrig. Der Staat muß für den Schaden haften, den seine Beamten anrichten. Bei der Belastung des Bundesrats dauert es zu lange, ehe er eine Entscheidung fällt. Daher sind wir für eine Zentralstelle, die wir mit Richtern besetzt wünschen, um ihre Unabhängigkeit gewahrt zu sehen. Ich bitte um Annahme der Resolution. (Bravo! links.)

Abg. Wittger (natl.) bestritt unter Berufung auf den verstorbenen Abg. Dr. Sammischer die Resolution und verlangt namentlich Erleichterung des Veredelungsverkehrs. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) begründet einen Antrag, die Resolution Well dem Reichsfinanzamt als Material zu überweisen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution Kanitz-Kardorff.

Abg. Graf Kanitz (Konf.): Durch die Zollkredite entstehen Zollausschläge, die sich auf Millionen belaufen. Diefem Zustand soll unsere Resolution Abhilfe schaffen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) hält den Antrag für bedenklich, ist aber eventuell für die Verweisung desselben an eine 14gliedrige Kommission. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bruns (Soz.) sagt, daß der neue Zolltarif tatsächlich auf eine Verteuerung des Getreides hinausläuft. Die Regierung tut alles, um die Transitzölager, deren Entlastung Russland durchgeführt hat, zu einer Institution umzuwandeln, von denen nicht die Kontinenten, sondern nur die Agrarier Vorteil haben. Die Antragsteller wollen die Erleichterung des Getreidehandels möglichst beschleunigen, während wir ein Interesse daran haben, daß die Verteuerung der Getreidepreise durch den neuen Zolltarif möglichst spät eintritt. Wenn die Transitzölager bis zu einem gewissen Grade den Getreidepreis niedrighalten, gründen Sie (nach rechts) Kornhaushausgenossenschaften, welche durch Zurückhaltung des Getreides seinen Preis in die Höhe treiben. Und das zu einer Zeit, da infolge der Miskerte eine Kartoffelsteuerung herrscht! Die Großmogule von Indien sammeln einstmals Getreide, damit keine Teuerung einträte; Sie, die Großmogule des Agrarierturns, sammeln Getreide, damit eine Teuerung eintritt. (Mh! rechts.) Wir werden gegen den Antrag stimmen. (Rebhafter Beifall links.)

Abg. Kardorff (Kpt.) empfiehlt den Antrag und ist mit einer Kommissionsberatung einverstanden. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (Frei. Vg.) erklärt sich im Namen seiner gesamten Fraktion gegen den Antrag. Es liegt gar kein Grund vor, eine besondere Ungerechtigkeit des Zolltarifs früher in Kraft treten zu lassen, als die übrigen in ihm enthaltenen Ungerechtigkeiten. Mit dem Antrage wird nur der isolierte Getreidehandel geschädigt. Es ist immer ein eignes Ding, fiskalischer als der Fiskus zu sein, der das Wort „saum crispus“ damit übersteht: halte fest, was Du hast, und sieh, was Du kriegen kannst. (Heiterkeit.) Es liegt gar keine Veranlassung vor, dem Reichsstaatssekretär neue Einnahmen auf dem Präsentierteller zu überreichen. (Rebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Oriola (natl.) steht in der Aufhebung der Zollkredite keine Ungerechtigkeit, sondern gerade eine Gerechtigkeit, da die kleinen Mühlenbesitzer durch die Zollkredite geschädigt werden.

Auf Antrag Ein-er (Soz.) ist die Abstimmung über den Antrag Spahn (Verweisung der Resolution Kanitz an eine Kommission) namentlich. Für den Antrag Spahn stimmen 95, dagegen 46 Abgeordnete. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. Baasche beräumt die nächste Sitzung auf 4 1/2 Uhr an, mit der Tagesordnung Postetat

Schluß 4 Uhr.

147. Sitzung. Donnerstag, den 23. Februar 1905, 4 1/2 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratsstische: Staatssekretär Kräfte, Freih. von Stengel.

Auf der Tagesordnung stehen die der Budgetkommission überwiesenen Teile des Postetats (Unterbeamte).

Hierzu liegen zwei Resolutionen vor. Eine Resolution Dr. Müller-Sagan-Eichhoff (fr. Vp.) will für die Unterbeamten im Landbedienst, Post- und Leitungsaufsichtsdienst, Gehälter von 900-1100 Mk. festsetzen, d. h. die Bereitwilligkeit des Reichstags dazu ausprechen.

Eine Resolution Papiq (Natl.) wünscht, daß die Regierung in einem Nachtragsetat für 1905 Mittel bereitstellt, um bei den Oberpostdirektionen eine besondere Besoldungsklasse für Unterbeamte in besonders verantwortungsvollen Dienststellen zu schaffen. Das Gehalt in diesen „gehobenen Dienststellen“ soll auf 1200-1800 Mk. bemessen werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vpt.) begründet seinen Antrag. Keine Beamtenkategorie bedarf so dringend der Gehaltsaufbesserung, wie die Landbediensteter. Wenn die Mehrheit darauf verzichtet, schon in dieser Session eine Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten vorzunehmen, so sollte sie wenigstens diese unsere Resolution annehmen. (Beifall links.)

Abg. Gröber (Zentr.) (auf der Tribüne schwer verständlich): Die Erklärung des Staatssekretärs in der Kommission über die gehobenen Dienststellen kam uns nicht befriedigend. Wir stehen dem System der gehobenen Dienststellen mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber und werden daher gegen den auf Aushebung dieses Systems zielenden Antrag Papiq stimmen. In der Kommission hat man uns versprochen, den Wohnungszulagezuschuß aufzubessern. Und er scheinen aber Gehaltsaufbesserungen besser. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Kräfte verteidigt das System der gehobenen Dienststellen, das sich als ein nützliches Stachel des Verwaltungs-

weife, weil es den Unterbeamten die Möglichkeit gebe, vorwärts zu kommen. Gerade die besonders wichtigen und fähigen Unterbeamten sind hiermit sehr einverstanden. Ich habe als Verwaltungschef den natürlichen und dringenden Wunsch, daß die Unterbeamten so gut wie möglich bezahlt werden; doch legt mir die Rücksicht auf den Staatskassenschatz manche Beschränkung auf. Wir sind alle darin einig, daß etwas für die Unterbeamten geschehen muß, nur über den Weg besteht eine Differenz. Für die Reform des Wohnungszulagezuschusses spricht, daß er schneller eintreten kann, als die Gehaltsaufbesserungen, die sich nach den Dienstaltersstufen richten.

Abg. Singer (Soz.): Ich freue mich, daß der Abg. Gröber in Bezug auf die Aufbesserung der Unterbeamten derselben Meinung ist, wie wir, ich wundere mich aber, daß er die Gelegenheit nicht benutzt hat, seinem Wunsche bei der eintägigen Feststellung der Unterbeamtenstellen Entschiedenheit zu verschaffen. Wir sind entsetzt darüber, die Aufbesserung in der Form eines Wohnungszulagezuschusses vorzunehmen, und verlangen dringend eine gleichmäßige Erhöhung der Gehälter, da der Dienst überall gleich schwer ist. Wir stimmen also für die von der Kommission geforderte Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten auf 1000 Mark und wir stimmen auch für den Antrag Eichhoff. Ich möchte den Staatssekretär dringend bitten, sich mehr um die westenburgerischen Postverhältnisse zu kümmern. Die dortigen Landbediensteter werden geradezu kolossal überlastet. Gegen den Antrag Papiq sind wir aus denselben Gründen wie der Abg. Gröber. Beseitigt werden muß der unhaltbare Zustand, daß den Beamten, die vor 1895 angestellt sind, ihre Militärdienstzeit angerechnet wird, denen dagegen, die nach 1895 angestellt sind, nicht. (Reb. Beif. v. d. Soz.)

Abg. Kopsch (fr. Vp.): Die an sich dankenswerten Verfügungen des Staatssekretärs stehen zum großen Teil nur auf dem Papier. Von der Mehrzahl der Unterbeamten wird das Höchstmaß der zulässigen Dienststunden erreicht oder überschritten. In Breslau dauert die Dienstreise an fünf Wochentagen bis 10 1/2 Uhr. In einer Reihe von Fällen beziehen sich Vorgesetzte großer Schwimmschwärme gegen die Unterbeamten. So erklärte ein Herr, er werde einen Unterbeamten zusammenhängen, daß ihm das Blut herunterläufe. (Hört, hört! links.) In den Bahnpostwagen herrschen Zustände, die man in einem Privatinstitute nicht dulden würde. Dazu sind die Bezüge der Bahnpostbeamten so gering, daß ihnen zum Beispiel in Frankfurt am Main von der Verwaltung nahe gelegt worden, eine aus milden Stellungen unterhaltene Garfische in Anspruch zu nehmen. (Hört, hört! links.) Auf keinen Fall dürfen die Bahnpostwagen als Schwimmschwärme benutzt werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Kräfte bittet den Vorredner, ihm Beschwerden, wie er sie heute vorgebracht, vorher mitzuteilen.

Abg. v. Standt (Konf.) verteidigt die gehobenen Dienststellen, erklärt sich aber gegen den Antrag Papiq, dagegen für die Resolution Müller-Sagan.

Abg. Dr. Papiq (natl.) verteidigt seine Resolution.

Abg. Jubeil (Soz.): Wesentliche Arbeitszeiten von 8 1/2 bis 7 1/2 Stunden sind bei den Unterbeamten keine Seltenheiten. In Hamburg beginnt der Dienst um 6 1/2 Uhr Morgens und dauert bis 9 1/2 Uhr Abends. (Hört, hört! links.) Die Folgen der Überanstrengung zeigen sich in dem schlechtesten Gesundheitszustand des Postpersonals. 89,6 pCt. der Unterbeamten sterben an der Lungenentzündung. (Hört, hört! links.) Wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen, das Schlechte liegt hier in Berlin so nah. (Heiterkeit.) Aus den Berliner Dienstplänen geht hervor, daß die Arbeitszeit eine ungeheuer große ist. Das Hilfspersonal wird in der Weihnachtzeit viel zu spät eingestellt. Die „Hols- und Kartoffelgelder“ werden völlig nach Willkür verteilt. Trotz der Erklärung des Staatssekretärs werden Unterbeamte angewungen, für die Witwen- und Waisenrente beizusteuern. Die Einrichtung der gehobenen Stellen bedeuete unter allen Umständen eine Ungerechtigkeitsfrage. Durch das jetzige System werden die Vorsteher Despoten ihrer Beamten, denn nach ihren Vorschlägen entscheiden die Direktoren über die Einstellung und Verweigerung der Dienstzulagen. Wir werden für die Streichung der gehobenen Stellen eintreten, dagegen für eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten stimmen, denn das Reich, das für Heer und Flotte Milliarden ausgibt, muß auch Mittel übrig haben, um seine Angestellten anständig zu bezahlen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Müller-Sagan (fr. Vpt.) erklärt sich gegen den Antrag Papiq, der eine ungerechte Bevorzugung einzelner Kategorien bedeuete.

Abg. Gröber (Zentr.): Früher handelte es sich um eine Zulage, jetzt um eine Gehaltsaufbesserung in der Höhe der früheren Zulage, das ist das Plus, das die Unterbeamten erhalten! Mindestens muß das für gefordert werden, daß die Unterbeamten das erhöhte Maximum in derselben Zeit erhalten, in der sie früher das niedrigerste bekamen. (Beifall im Zentr.)

Die Resolution Papiq wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt, die Resolution Dr. Müller-Sagan und die Resolution der Budgetkommission werden einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Rest des Reichspostetats, Reichsdruckerei, Reichseisenbahnen). Schluß 7 Uhr.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 24. Februar.

Vom Breslauer Stadthaushalt.

II.

Die neue Zollgesetzgebung hat bei allen großen Schäden, die sie der industriellen Arbeiterbevölkerung wie den großen Städten überhaupt, verursacht, was Breslauern doch einen Vorteil gebracht: Sichere Aussicht auf Beseitigung der Schlachtfsteuer. Vom Jahre 1910 ab dürfen Gemeinden Steuern auf Lebensmittel nicht mehr erheben. Mit dieser unabänderlichen Tatsache rechnet notwendigerweise denn auch unser Rämmerer, Herr Mathes, bei der Aufstellung des diesjährigen Etats. Zwar wird er noch fünf Jahre lang bei 2 Millionen Mark Steuern auf Fleisch, Wild und Geflügel jährlich einfallen — daß man in Breslau noch vor 1910 freiwillig zum Verzicht auf jene ungerechte Steuer kommen wird, daran denkt gewiß niemand auch nur im Traume — und er braucht sich heute noch keine Sorge um einen Ersatz zu machen. Er luts aber doch, und das ist gewiß sehr verständlich, denn ganz plötzlich wird sich im letzten Augenblick gewiß kein Ersatz für jene 2 Millionen jährlich finden. Und wie sucht Herr Mathes sich, oder besser die Stadt, auf das Kommende vorzubereiten? Er sagt in seinem Etats-Exposé darüber: „Nicht in gleichem Maße wie die laufenden Ausgaben, sind nach den Abschlußzahlen die ordentlichen Einnahmen gestiegen; der Etat der allgemeinen und der Steuerverwaltung zeigt nur eine Mehreinnahme von 717,000 Mark. Dies ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß wir geglaubt haben, wie in jedem weiteren, so schon in dem voraussichtlich finanziell günstigen nächsten Jahre tunkst dahn wirken zu müssen, daß der Wegfall der Schlachtfsteuer im Jahre 1910 den Haushaltsplan möglichst wenig beeinflusst. Dies kann nur dadurch erreicht werden, daß von denjenigen Betrieben, welche stets eine Haupteinnahmequelle der Stadt bilden werden, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, Ueberhöfungen in der nächsten Zeit nur soweit in Anspruch genommen werden, wie sich solche bei möglicher finanzieller Kräftigung und Erweiterung

dieser Werke erzielen lassen. Dies nur bei solchem Vorgehen darf erwartet werden, daß diese Anlagen später hinlängliche Ueberschüsse leisten können und den auf 1.800,000 Mk. zu schätzenden Ausfall an Schlachtfsteuern zu einem erheblichen Teile auszugleichen. Daher sind vor allem die Rücklagen von drei Werte aus deren eigenen Einnahmen in ausgiebiger Weise zu stärken.

Mit dieser Absicht des Leiters der städtischen Finanzen kann sich jeder Gegner der Schlachtfsteuer wohl einverstanden erklären. Würde man anders handeln, aus den genannten Betriebswerken möglichst hohe Ueberschüsse herauszuholen und Rücklagen nur machen, so weit solche der Fortbestand der Werke unbedingt erfordert, dann würde man ja die direkten Steuern um ein Beträchtliches weiter herabsetzen können. Wenn aber dann die Zeit kommt, eine Deckung für die Schlachtfsteuer zu finden, würde man dafür lediglich eine unverhältnismäßig hohe Steigerung der Einkommensteuer haben, die Betriebswerke aber wenig erweiterungsfähig finden ohne Aufwendung großer Kapitalien. Es ist daher gewiß viel besser, schon jetzt etwas höhere direkte Steuern zu erheben, auf forcierte Erträge der Betriebswerke zu verzichten und so der nach Beseitigung der Schlachtfsteuer drohenden schweren Belastung mit direkten Steuern heute schon vorzubeugen. Der gleichen Klug voraussehenden Politik dient der Plan, noch in den nächsten, voraussichtlich finanziell günstigen Jahren vor Wegfall der Schlachtfsteuer eine Reihe von dazulichen zc. Aufgaben zu erfüllen, so daß die ersten Jahre nach Beseitigung der Schlachtfsteuer von solchen kostspieligen Anforderungen frei bleiben.

Angesichts dieser Anschauung der Dinge von Seiten unserer kommunalen Leitung kann man allerdings schwer verstehen, weshalb die Leitung in diesem Jahre nicht schon in der gleichen Richtung gegangen ist, indem sie es bei den nun einmal eingeführten vorjährigen Sätzen der Einkommen-, Gewerbe- und Grundsteuer beibehält und einen erheblichen Teil des Ueberschusses aus 1903 zurücklegt, statt den ganzen Ueberschuss, wie jetzt geschieht, als außerordentliche Einnahme in den diesjährigen Etat einzustellen. Gewiß kann man es verstehen, wenn es unserem Oberbürgermeister wider den Strich geht, Summen in der Kasse der Stadt zu behalten, die eigentlich nur infolge eines Versehens, eines Irrtums hineingekommen sind. Aber: „Was man hat, braucht man nicht mehr zu kriegen“, sagt der Berliner Philosoph. Und in der Tat werden unsere Steuerzahler das und mehr noch später ja doch zahlen müssen, es ist also nur eine kleine Vorausbezahlung auf das, was sie nach Beseitigung der Schlachtfsteuer ja doch mehr zahlen müssen, gewesen, was sie in den Jahren 1903 und 1904 zu viel zahlten. Es wäre danach sicher besser, sowohl den Ueberschuss des Jahres 1903 wie den des Jahres 1904 oder doch einen sehr erheblichen Teil beider, vielleicht 2 1/2 Millionen Mark, zu fundieren und damit die Uebergangszeit nach Fortfall der Schlachtfsteuer zu erleichtern.

Der vorliegende Etat wird allerdings nach anderer Richtung beeinflusst durch die unter Wellers pessimistischen Finanzregime geübte „wirkliche und vernünftige Sparsamkeit“ auf allen Gebieten. Da gilt es jetzt die Fonds für Schulhausbauten, für Grunderwerb, für den Ankauf von Bänden, von Kunstgegenständen wieder zu erhöhen. Ebenso sind außerordentliche Ausgaben für die Herstellung neuer Straßen, für Pflasterungen, für Ausgestaltung der Promenaden und Parks, für Anlegung von Bedürfnisanstalten, bessere Beleuchtung der Verkehrszentren unabwendbar, wie das Etats-Exposé auseinanderlegt. Auch soll mit der Aufbesserung der Löhne weiterer Gruppen der städtischen Arbeiter, mit der 1904 begonnen wurde, im neuen Etatsjahr fortgesetzt werden. Wir werden noch sehen, welche große Mehrausgaben gerade für diesen Zweck gemacht werden sollen. Ebenso sollen, veranlaßt durch die Verlegung der Stadt in die Servisklasse A, die Gehälter der Subaltern- und Unterbeamten aufgebessert werden. Diese Neuordnung der Gehälter wird einer besonderen Vorlage vorbehalten, doch sind die Mittel für die Neuordnung im Etat vorgesehen, dergestalt, daß das Haupt-Extraordinarium um rund 218,000 Mark erhöht ist. All das und anderes, hier nicht besonders aufgeführtes, hat die Ausgaben des neuen Etats auf über 25 Millionen Mark, reichlich 2 Millionen Mark mehr wie im Vorjahr, gesteigert.

Für die von den Interessenten lebhaft gewünschte Herabsetzung des Preises für elektrisches Licht von 60 auf 50 Pf. hat sich der Magistrat ausgesprochen, trotz mancher Bedenken, insbesondere trotz des Ausfalls von mindestens 200,000 Mk. in den Einnahmen. Man hofft dabei, daß diese Ermäßigung im Laufe der nächsten Jahre einen größeren Verbrauch elektrischen Lichtes zur Folge haben, eine solche Zunahme aber den finanziellen Ergebnissen des Elektrizitätswerkes für das kritische Jahr 1910 und folgende zu Gute kommen werde. Dagegen soll das Wassergeld, das gegenwärtig mit 15 Pf. erheblich niedriger wie in vielen anderen Großstädten ist, erhöht werden. Doch kann sich der Magistrat vorläufig zu einer solchen Erhöhung noch nicht entschließen, will von derselben vielmehr erst dann Gebrauch machen, wenn der Wegfall der Schlachtfsteuer sie notwendig macht. Natürlich werden unsere Hausagrarier sich gegen die geplante Erhöhung des Wassergeldes heftig wehren. Und wenn dieselbe dahin wirken sollte, den Mietern in Gestalt erhöhter Miete ein wichtiges Lebensmittel zu verteuern, müßten auch wir erhebliche Bedenken äußern. Aber der Widerstand der Hausbesitzer findet seinen Grund wesentlich in der Befürchtung, daß es angesichts der ohnehin gewaltig gestiegenen Mietpreise nicht mehr gelingen dürfte, auch diese Abgabe noch den Mietern aufzubehalten. Wenn die Hausbesitzer gegen diese „Verteuerung eines der unentbehrlichsten Nahrungsmittel“ protestieren, wie es einer ihrer Führer, der Stadtverordnete Weigener, ja schon getan hat, machen sich diese entragierten Freunde der hohen Besteuerung eines anderen sehr wichtigen Nahrungsmittels, des Fleisches, allerdings lächerlich.

In einigen folgenden Betrachtungen wollen wir noch einige Einzel-Etats des Gemeindehaushalts einer kritischen Würdigung unterziehen.

